Alhambra

Zeitung & Programm

März/April 2011

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 2

antirassismus
Bericht zu den Protesten gegen Sarrazin 4
Redebeitrag zur Kundgebung gegen Sarrazin 6
Rassismus & Poliziegewalt 8

homophobie
„Homosexualität ist moralischer Genozid" 13

internationalismus
Ägypten: Das war erst der Anfang 16
Die tunesische Revolution 19

repression
§129b bedeutet „Kollaboration mit reaktionären Regimes" 23

feminismus
Dürfen wir noch Kuchen essen? 26

anti-atom
Castor stottern – eine Selbstkritik 30

Ankündigungen 34

Editorial

Ganz schön viel los zur Zeit – leider nicht hier, aber zumindest in der sogenannten arabischen Welt. Sicher ist, dass diese Proteste nicht, wie vielfach behauptet, Ende Dezember durch die Selbstverbrennung eines verzweifelten jungen Menschen in Tunesien begannen und sich von dort auf weitere Länder Nordafrikas und des nahen Ostens ausbreiteten. Vielmehr wird hier die doch sehr beschränkte „westliche" Sicht deutlich, die kaum andere Kategorien als „Stammeskonflikte" kennt um Gesellschaften der „arabischen Welt" bzw. deren Konflikte zu beschreiben.

In Tunesien und Ägypten haben die Menschen die Herrschenden zum Abdanken zwingen können. Wie sich die Umbrüche gestalten werden, ob die alten Eliten tatsächlich an Einfluss verlieren und welche gesellschaftlichen Gruppen sich etablieren können, lässt sich noch nicht absehen. In zwei Artikeln (Seite 16 und 19) versuchen wir zumindest kurze Einblicke zu geben.

In Libyen hält sich al-Gaddafi noch krampfhaft an seiner Macht fest, lässt Demonstrationen mit Kampfjets bombardieren und kündigt an als Märtyrer sterben zu wollen. Nicht nur in diesen drei Ländern haben die Menschen keinen Bock mehr auf repressive Eliten, sondern wollen selbst entscheiden, wie sie leben möchten. Uns bleibt wohl nichts zu sagen als: the future is unwritten…

Auch wenn der letzte Castor-Transport nach Gorleben schon ein Weilchen her ist, wollen wir euch den Text ‚Castor stottern – eine Selbstkritik' (S. 30) ans Herz legen. Er hat in der Redaktion zu einigen kontroversen Diskussionen geführt. Wir sind der Meinung, dass viele der Kritikpunkte an der Kampagne ‚Castor schottern!' zutreffen oder zumindest in die Diskussion um die Aktionsformen bei den nächsten Castor-Transporten einfließen sollten. Dennoch war es uns wichtig, die Aktion bzw. Kampagne nicht in einem zu schlechten Licht dastehen zu lassen. Denn unabhängig von den Kritikpunkten kann ‚Castor schottern!' alles in allem als ein ziemlicher Erfolg gewertet werden. Dies zeigt sich nicht zuletzt an tausenden von Atomkraftgegner_innen, die mit einer unglaublichen Entschlossenheit und Enthusiasmus versuchten, die Schienen zu erreichen – trotz massiver Polizeigewalt. Dies liegt wohl daran, dass die Aktionsform ein erstmal relativ niedrigschwelliges Angebot für nicht organisierte Gruppen und Einzelpersonen darstellte. Vor allem in Zeiten, in denen es an Anschlusskonzepten zu massenmilitanten Aktionen fehlt, kann dies als großer Erfolg gewertet werden. Der Gänsehautfaktor, als wir zu Tausenden durch den Wald gestiefelt sind, soll hier nicht unerwähnt bleiben.

Am 7. Januar jährten sich die Todestage von Laye-Alama Condé und Oury Jalloh zum sechsten Mal. Anlässlich dieser traurigen Jahrestage fand in Bremen eine Aktion statt, mit der an die beiden durch rassistische Polizeigewalt ermordeten Menschen erinnert wurde. Inzwischen wurden die Prozesse gegen deren Mörder wieder aufgenommen. Diese beiden Morde sind aber nur die Spitze eines Eisbergs, in dieser Ausgabe findet ihr daher einen Text zu Rassismus und Polizei (S. 8). Da es auch hier genügend Beispiele von rassistischem Handeln von Polizist_innen gibt, ergänzen wir den Artikel um drei Fälle aus Oldenburg.

Seit 1911 wird der 8. März international als Kampftag für die Interessen der Frauen gegen Unterdrückung, sexuelle Gewalt und Krieg, für das Frauenwahlrecht, für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und gegen Kapitalismus und Rassismus begriffen. Nun wird dieser Tag also schon seit 100 Jahren begangen und es wird ihn auch noch eine ganze Weile geben müssen, weil von Emanzipation und Gleichberechtigung noch lange nicht die Rede sein kann. Nach wie vor gibt es beispielsweise keine Lohngleichheit. Ganz zu schweigen von alltäglicher sexualisierter Gewalt gegen MädchenFrauenLesbenTrans. In Oldenburg wird es am 8. März eine – wenn auch aus bürgerlichen Kreisen organisierte – Demo geben. Diese startet um 16:30 Uhr am Rathausmarkt.

Der diesjährige Naziaufmarsch in Dresden konnte erneut verhindert werden, und das trotz eines massiven Polizeiaufgebots. Natürlich ist es für Analysen zu den Protesten noch zu früh. Daher mussten wir uns bisher mit ein paar sehr beeindruckende Bilder zufrieden geben. In der nächsten Ausgabe wir es aber sicher einen Text dazu geben – wir freuen uns sehr über eigene Berichte oder Texte von Leuten, die vor Ort waren, um den Deutschen wirklich einen Grund zum Heulen zu geben.

Passend hierzu, sollte auf den diesjährigen ersten Mai verwiesen werden. Die NPD hat für 2011 eine „Bremen-Offensive" angekündigt. Diese soll durch einen Aufmarsch am 1. Mai eingeleitet werden. Das antifaschistische und antirassistische Bündnis „Keinen Meter" will dazu beitragen, diese Offensive zu einem Desaster zu machen. Unterstützen wir sie dabei – mit allen Mitteln, auf allen Ebenen...

Also, lasst euch nicht erwischen, schickt und Texte und Schoki (sonst wird das nie was mit der Revolution!) und lasst die Sonne scheinen ;o)!

Eure Redaktion

Flüchtlinge in Griechenland im Hungerstreik

Athen/Thessaloniki Seit über drei Wochen befinden sich knapp 300 Flüchtlinge in Griechenland im Hungerstreik. Die Hungerstreikenden in Athen und Thessaloniki fordern die kollektive Legalisierung aller Migrant_innen. Es ist ein Kampf für gleiche Rechte, ein Kampf gegen die katastrophalen Lebensbedingungen der illegalisierten Migrant_innen und Flüchtlinge in Griechenland sowie ein Kampf gegen die EU-Migrationspolitik.

Für den 11.2. hatte die griechische Regierung den Hungerstreikenden ein Ultimatum gesetzt. Bis zu diesem Termin sollten sie die besetzten Gebäude in Athen und Thessaloniki verlassen und den Streik beenden. Jedoch ließen sie sich bis auf einige wenige nicht klein kriegen.

Die meisten der Hungerstreikenden leben bereits seit mehreren Jahren in Griechenland. Dadurch, dass einige Flüchtlinge bis heute nicht „legalisiert" wurden, ist es ihnen nicht möglich, medizinische Leistungen in Anspruch zu nehmen. Ebenso können sie einen nicht ausbezahlten Lohn bei ihrer irregulären Arbeit juristisch nicht einklagen.

In Thessaloniki und Athen sowie über Griechenland hinaus erfahren die Hungerstreikenden große Solidarität durch regelmäßige Solidaritätsaktionen, an denen sich mehrere hundert Menschen beteiligen.

Die Situation wird sich in den kommenden Tagen sicherlich zuspitzen, denn zum Einem gerät nach über drei Wochen Hungerstreik allmählich die Gesundheit in Gefahr. Darüber hinaus wächst die Gefahr, dass die besetzten Gebäude bald von der Polizei geräumt werden.

Farbanschlag auf Bremer Standesamt

Bremen Am 8. Februar statteten ca. 20 Aktivist_innen der AG „Brautschleier entschleiern institutionellen Rassismus" dem Bremer Standesamt einen Besuch ab. Verkleidet mit Masken und Brautschleiern outeten sie das Bremer Standesamt als Ort institutionellen Rassismus. Denn das Standesamt handelt als verlängerter Arm der Ausländerbehörde. So wird Menschen ohne deutschen Pass, binationalen Paaren und Mütter von Neugeborenen grundsätzlich mit Misstrauen begegnet.

Ein Teil der Aktivist_innen sprühte im Eingangsbereich Sprüche an die Wand, die auf die Kooperation des Standesamts mit der Ausländerbehörde hinweisen sollten: „Rassismus amtlich" und „Standesamt ∞ Ausländerbehörde". Zeitgleich überreichte der andere Teil der Aktivist_innen den Standesbeamt_innen Urkunden für „außergewöhnliches Engagement im Verbauen von Lebensperspektiven", „vorbildliche Leistungen in der Ermessensausübung zum Nachteil der KundInnen" und „herausragende Verdienste im Bereich Generalverdächtigungen".

Antimilitaristische Aktion in Oldenburg

Oldenburg Am 10. Februar haben ca. 20 Antimilitarist_innen die Abschiedsvorlesung von Prof. Daxner kurzzeitig gestört, um gegen dessen Beteiligung an militärischer Forschung zu protestieren.

Daxner ist Leiter der Arbeitsstelle Interventionskultur an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Die Arbeitsstelle befürwortet den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan, um dort – nach eigener Aussage – eine „Staatsgründung nach westeuropäischem Muster", voranzutreiben.

Die Arbeitsstelle Interventionskultur erforscht den Zusammenhang zwischen der Zivilbevölkerung und den Besatzungstruppen, mit dem Ziel der Optimierung westlicher Militäroperationen und nicht der grundsätzlichen Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung vor Ort. Die Arbeitsstelle ist zudem über das „Netzwerk Interventionskultur" mit dem Sonderforschungsbereich (SFB) 700 in Berlin und dem von der Bundeswehr ausgestalteten Studiengang „Military Studies" an der Universität Potsdam verbunden und befindet befindet sich damit in bester Gesellschaft mit anderen deutschen Kriegstreiber_innen.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Die Aktion hat die Verabschiedung Daxners kurzzeitig unterbrochen, auch weil er bereits angekündigt hat nach seiner Pensionierung weiter im Sinne deutscher Militärs zu forschen.

5000 protestieren gegen Kriegstreiber_innen

München Ungefähr 5000 Menschen zogen aus Protest gegen die „NATO-Sicherheitskonferenz", einem Treffen hochrangiger Militärs, Politiker_innen und Vertreter_innen der Rüstungsindustrie, durch die Münchner Innenstadt.

Begleitet von einem massiven Polizeiaufgebot samt USK-Schläger_innen zog der Protestumzug von Marienplatz, in die Nähe des „Hotels Bayrischer Hof" in dem das Spitzentreffen der Kriegstreiber_innen stattfindet. Die Versammlungsbehörde verbot den Antimilitarist_innen wie in den Jahren zuvor ihren Protest direkt vor die Sicherheitskonferenz zu tragen. Die Polizei führte umfassende Personenkontrollen durch, in dessen Verlauf mehrere Menschen verhaftet wurden. Sogar Personalausweise mussten die Kundgebungsteilnehmer_innen der Polizei grundlos aushändigen, wenn sie an der Demo teilnehmen wollten. Dies stellt von Seiten der bayrischen Behörden einen weiteren massiven Einschnitt in das Demonstrationsrecht dar.

In Redebeiträgen wurde ein sofortiger Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und aus bundesdeutschen Schulen gefordert sowie zum Kampf gegen die deutsche Kriegspolitik aufgerufen. Die Demonstrantionsteilnehmer_innen solidarisierten sich mit den Revolutionen Tunesien, Ägypten und dem Jemen und verurteilten die Waffenlieferungen und Unterstützung der Regime durch die deutsche und US-amerikanischen Regierung. Positiv war, dass die Demonstration einen kämpferischen und sehr internationalistischen Ausdruck hatte: Menschen aus Äthiopien, Türkei/Nordkurdistan und Palästina beteiligten sich zahlreich an dem Protestumzug, machten auf die Situation in ihren Heimatländern aufmerksam und riefen Parolen wie „Hoch die internationale Solidarität!".

Liebig 14 geräumt

Berlin Ein Großaufgebot der Polizei räumte am Mittwoch den 2. Februar gewaltsam das linke Wohnprojekt in der Liebigstraße 14 in Berlin-Friedrichshain. Die Polizei setzte nach eigenen Angaben 2500 Beamt_innen ein. Erst um die Mittagszeit konnten die neun Bewohner_innen, die sich im Haus verbarrikadiert hatten, festgenommen werden. Ihnen wird nun Körperverletzung vorgeworfen. Rund 1500 Unterstützer_innen der Bewohner_innen protestierten in den umliegenden Straßen. Aus Solidarität fanden im gesamten Stadtgebiet vielfältige Aktionen statt: es wurden Kreuzungen blockiert, Barrikaden errichtet, Häuser besetzt, mehrere Spontandemonstrationen und dutzende militante Angriffe auf verschiedene Geschäfte und Gleisanlagen der Deutschen Bahn durchgeführt. Kamerateams und Journalist_innen, die sich dem Gebäude näherten, wurden von der Polizei abgewiesen. Direkte Nachbar_innen der Liebig-14-Bewohner_innen brachten ihren Protest zum Ausdruck, indem sie mit Kochgeschirr Lärm machten.

Am selben Abend kam es zu einer großen Protestdemonstration in Friedrichshain mit mehreren tausend Teilnehmer_innen. Die Demonstration wurde dabei von Greiftrupps der Berliner Polizei angegriffen und versucht auseinanderzuknüppeln. Es gab etliche Festnahmen und Verletzte. Aufgrund der massiven Polizeiangriffe wurde die Demonstration von dem_der Veranstalter_in abgebrochen. Daraufhin kam es im Gebiet der Warschauer Straße zu Ausschreitungen und Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die O2-Arena, eine Filiale der Sparkasse, mehrere Einsatzfahrzeuge der Berliner Polizei wurden angegriffen und Barrikaden errichtet.

Die Häuser denen, die drin wohnen!

Gentrification stoppen!

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Keine Bühne für Hetze gegen Arme, MigrantInnen & Muslime

Am 5. Januar gab es also die Lesung von Thilo Sarrazin in Oldenburg, welche – soviel sei vorweg genommen – leider nicht komplett verhindert werden konnte. Allerdings konnte erreicht werden, dass die NWZ ihre Veranstaltung aus »Sicherheitsbedenken« kurzfristig vom städtischen Kulturzentrum PFL in die Weser-Ems-Halle (WEH) verlegte. Denn ein beachtliches gesellschaftliches Bündnis hatte dazu aufgerufen, sich der Hetze gegen Arme, MigrantInnen und MuslimInnen entgegenzustellen.

Als um 18.30 Uhr die von einigen Gruppen (vorwiegend aus dem autonomen Spektrum) organisierte Kundgebung vor dem PFL begann, versuchte die NWZ noch alles, um den Anschein zu erwecken, dass die Lesung dort

stattfände – der ursprüglich vorgesehene Saal war möbliert, mit allerlei NWZ-Klimmbimm verziert, von mehreren privaten Sicherheitsleuten bewacht und sowohl ein Pappaufsteller, also auch der Infobildschirm des PFL verkündete »Heute: Lesung von Thilo Sarrazin«. Ein einsamer Sarrazin-Fan verlautbarte per selbstgemalten Plakat »Kaufe Karte«, ein seniler »Vertriebener« versuchte schlecht kopierte Flyer unter die Leute zu bringen. Also in Etwa alles so wie erwartet. Allein die eher mäßige Polizeipräsenz und vorallem die fehlenden Absperrungen sorgten für Zweifel. Kurze Zeit später war es Gewissheit – konspirativ hatte die NWZ die Veranstaltung in die WEH verlegt, die namentlich erfassten KarteninhaberInnen gerüchteweise erst wenige Stunden vor Beginn telefonisch umdirigiert. Die Kundgebung machte sich daher zügigen Schrittes auf zur WEH, wobei sie im Verlauf von anfänglich etwa 100 auf letztlich 300 Leute anwuchs. Bei der WEH gab es nun auch die erwarteten Absperrungen, Hundestaffeln und jede Menge Bullen. Lautstark und gut gelaunt wurde nun demonstriert, die über 200 Sarrazin-Fans (zum Großteil ältere Semester aus der Mittelschicht) verhöhnt und der Eingangsbereich der WEH mit diversen Farbeiern bedacht. Ein Oldenburger Sarrazin-Jünger schrieb dazu in seinem Blog: »Draussen war viel Geschrei und Auflauf, dass man kaum in die WEH kam, die durch ein beachtliches Polizeiaufgebot geschützt wurde. Was dieses wieder den Steuerzahler kostet???«. Etwa gegen 20.30 Uhr, also eine halbe Stunde nach Beginn der Lesung, zog die Kundgebung gemeinsam, und ohne größere Probleme mit der Polizei, von dannen.

Zeitgleich hatten sich im PFL nochmal über 400 Leute versammelt, um an der wissenschaftlichen »Gegenveranstaltung« der Grünen-Fraktion und 15 Oldenburger Institutionen teilzunehmen. Da der auf 90 Personen beschränkte Vortragsraum im PFL logischerweise nicht ausreichte, wurde sowohl lautstark als auch diplomatisch versucht, die NWZ dazu zu bewegen, ihren ja nun verwaisten Saal für die Podiumsdiskussion freizugeben. Klappte aber beides nicht, so dass die Veranstaltung spontan in die gegenüber liegende Forumskirche St. Peter verlegt wurde. Auch wenn es nicht gelang, dem Hetzer das Mikro abzudrehen, setzten die zusammen über 700 Leute und die mehr als 50 aufrufenden Gruppen und Initiativen doch ein eindrucksvolles Zeichen. Ein Zeichen gegen Rassismus, Ausgrenzung und Hetze, für Solidarität und Emanzipation. Dass die NWZ sich zum Versuch genötigt sah, sich klammheimlich und mit Täuschungsmanövern unliebsamer Kritik zu entziehen, spricht dabei ebenfalls ein deutliche Sprache. »Statt Hetze gegen Arme und Muslime wollen wir gemeinsam eine Diskussion über Perspektiven einer solidarischen Gesellschaft beginnen« hieß es im Oldenburger Aufruf. Die Diskussion ist wohl eröffnet…

von regentied.blogsport.de

REDEBEITRAG ZUR KUNDGEBUNG GEGEN SARRAZIN

NICARAGUAVEREIN OLDENBURG

Die Nordwestzeitung hat beschlossen, Thilo Sarrazin auch in Oldenburg ein Forum zu bieten, in dem er seine Thesen zur sozialen Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten verbreiten kann. Und nicht nur der Kartenverkauf zeigt, auch hier kommt Sarrazin an.

Offensichtlich spricht er das Bedürfnis an, ein weit verbreitetes Unbehagen gegenüber Migranten endlich offen formulieren zu können, und zwar salonfähig, vermeintlich wissenschaftlich belegt und ohne sich dabei den Vorwurf des Rassismus einzuhandeln, denn, so sagt er, ein Rassist sei er ja nicht, da er mit dem Merkmal der Kultur und Religion argumentiere.

Ich will aus der aktuellen Arbeit im Nicaraguaverein heraus hier nur auf einen von vielen Aspekten eingehen, an dem deutlich wird, wie falsch diese Propaganda ist und warum sie gleichzeitig funktioniert. Im Zusammenhang mit seiner These, die integrationsunwilligen und integrationsunfähigen Musliminnen und Muslime in Deutschland würden sich überproportional vermehren, zeichnet Sarrazin gezielt das abschreckende Bild der von ihm so beschimpften Kopftuchmädchen. Und diese Beschimpfungen rufen nicht nur Protest hervor. Sie lösen gleichzeitig geschickt auch bei einigen derjenigen Zurückhaltung oder sogar Zustimmung aus, die sich zu Recht kritisch mit der Situation muslimischer Frauen auseinandersetzen und sich deshalb nicht kritiklos auf die Seite „der" Muslime stellen wollen. So gelingt es Sarrazin, zumindest teilweise, die Frauen für die Verbreiterung seine These zu benutzen, die so fortschrittlichen westlichen Werte seien mit dem rückständigen Islam nicht zu vereinbaren.

Um die Rechte der Frauen, erst recht der Musliminnen, geht es ihm dabei natürlich nicht, denn das würde andere Schlussfolgerungen als ihre Ausgrenzung nahe legen. Schon allein das Bild, das er zeichnet, ist völlig überzogen und damit falsch. Weniger als ein Drittel der in Deutschland lebenden Musliminnen haben überhaupt jemals ein Kopftuch getragen, und der Anteil der jüngeren Frauen ist noch bedeutend kleiner. Diese Beobachtung kann eher als eines der Zeichen einer offensichtlichen Anpassung verstanden werden, ganz sicher aber nicht zum Entwurf eines Überfremdungsszenarios dienen.

Vor allem aber muss bei der Unterstellung einer Integrationsunfähigkeit die nahe gelegte Behauptung hinterfragt werden, es gäbe eine vom Grundsatz her gegensätzliche Frauenrolle in der christlich geprägten und der islamischen Glaubenswelt. Das deutsche Rechtswesen ist aktuell in Bezug auf die Gleichstellung der Frauen denjenigen Ländern, in denen die Sharia zum Staatsrecht erhoben wurde, um Jahrhunderte voraus. Daran besteht trotz aller auch hier immer noch bestehenden Formen sozialer Diskriminierung von Frauen und der überall gegebenen Möglichkeit von Fort- und Rückschritten kein Zweifel. Und es darf keine Verharmlosung oder Relativierung Frauen verachtender Gesetze und Praktiken wie Zwangsverschleierung, Zwangsver-

heiratung, Verweigerung von demokratischen- und Bildungsrechten bis hin zu rechtlich abgesicherten Steinigungen bei Fehlverhalten stattfinden. Im Gegenteil brauchen wir eine Öffentlichkeit für die mutigen Musliminnen, z.B. der noch vor kurzem sehr starken Frauenbewegung im Iran, die sich unter massiver Gewaltandrohung und –ausübung gegen die Entrechtung der Frauen wehren. Aber wenn man zurückblickt, wird doch deutlich, dass Frauenentrechtung und –verfolgung keinesfalls eine Besonderheit der islamischen Glaubensgemeinschaft ist. Die Rechte, die Frauen hier so selbstverständlich in Anspruch nehmen, hat die europäische Frauenbewegung in verschiedenen Phasen in einem langen Prozess unter anderem gegen die christliche Kirche erkämpfen müssen.

Um auf unsere Arbeit zurück zu kommen, auch heute kämpft z.B. in Nicaragua, das durch die Kolonialisierung stark katholisch geprägt ist, die Frauenbewegung gegen ein Frauen verachtendes Abtreibungsrecht, das der frühere sandinistische Revolutionsführer und heutige Staatspräsident Ortega auf Druck der katholischen Kirche durchgesetzt hat. Abtreibung wird hier grundsätzlich, und selbst bei Gefahr für das eigene Leben, für Frauen und Ärzte unter Strafe gestellt, und das in einer Gesellschaft, in der sexuelle Gewalt gegen Frauen extrem weit verbreitet ist. Weit mehr als 100 Frauen sind bisher aufgrund dieses Gesetzes gestorben. Und gern hat der mit der Kirche so gut kooperierende Ortega auch direkt nach seinem letzten Amtantritt Irans Ahmadinedjad als Staatsgast empfangen.

Aber das alles interessiert ja Herrn Sarrazin nicht. Er braucht die Frauen nur als Argumentationshilfe, um Mitstreiter für seine Propaganda des unvereinbaren Gegensatzes der Kulturen und der daraus folgenden sozialen Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten zu finden. Denn natürlich ist die Ausgrenzung einer wirtschaftlich nicht mehr nützlich erscheinenden Bevölkerungsgruppe weniger angreifbar und moralisch leichter zu vertreten, wenn sie sich auch noch mit Menschenrechten, hier Frauenrechten, begründen lässt.

Der Haken daran ist allerdings klar: Sarrazin denkt rein nationalistisch – hier will er die so beschimpften Kopftuchmädchen und ihre Mütter nicht haben, was mit ihnen woanders passiert, ist nicht sein Thema. Was aus seiner Sicht auch nahe liegend ist, denn ohne Menschenrechtskonflikte lassen sich mit den Islamstaaten durchaus leichter Geschäfte machen.

Für diese Verschleierung einer national-egoistischen Ausgrenzungspolitik durch Sarrazin und die ihn unterstützenden Medien sind wir nicht zu haben.Wir unterstützen die Frauenrechtskämpfe der Musliminnen gegen islamische Fundamentalisten genauso wie die der nicaraguanischen Frauenbewegung gegen die dortige katholische Kirche. Und gleichzeitig wehren wir uns heute hier gegen Sarrazins rassistische Propaganda und gegen die soziale Ausgrenzung von Frauen, Männern und Kindern aus Migrantenfamilien.

RASSISMUS

>>>WIEDER DER LEGENDE BEDAUERLICHER EINZELFÄLLE <<<

Ausgehend von der weit verbreiteten Legende bedauerlicher Einzelfälle in Bezug auf rassistische Polizeigewalt wollen wir in diesem Beitrag zeigen, dass es sich um ein strukturelles und nicht um ein individuelles Phänomen handelt. Im Zentrum steht dabei exemplarisch die Praxis des racial profiling.

autor_innenkollektiv de[X]oppression

Rassismus verstehen wir, angelehnt an Birgit Rommelspacher, nicht als individuelle Vorurteile, sondern als eine Praxis, die etablierte Machtverhältnisse legitimiert und fortführt. Diese Praxis basiert auf der Theorie, dass Menschen aufgrund ihrer biologischen Merkmale einer bestimmten „Rasse" zugehörig seien. So werden soziale und kulturelle Unterschiede als natürlich gewertet, der jeweiligen Gruppe zugeschrieben und als unveränderlich und vererbbar markiert. Diese Konstruktionen von Gruppen, die als starr und mit anderen Gruppen unvereinbar dargestellt werden, ermöglichen deren Hierarchisierung nach bestimmten Wertigkeiten. Die Gruppen werden durch die bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse bestimmt und in Diskursen und Praxen verfestigt. Rassismus ist also ein gesellschaftliches Verhältnis, in dem die Diskriminierung konstruierter Gruppen der Legitimation bestehender gesellschaftlicher Hierarchien dient. Von dieser Definition ausgehend sollen im Folgenden Grundlagen und Merkmale rassistischer Polizeipraxis vorgestellt werden.

INSTITUTIONELLER RASSISMUS IN DER BUNDESDEUTSCHEN POLIZEI

Rassistische Polizeigewalt weist eine sehr große Bandbreite auf, die von selektiven Kontrollen, körperlichen, psychischen und sexuellen Misshandlungen bis hin zu Mord reicht. Die Wahrnehmung rassistischer Polizeigewalt in der Öffentlichkeit ist jedoch sehr gering. Nur wenige „spektakuläre" Fälle werden von Medien und Politik aufgegriffen und gelangen damit an eine breite Öffentlichkeit. So z.B. im Fall von Oury Jalloh in Dessau 2005, der in Polizeigewahrsam in einer Zelle verbrannte, oder der Brechmitteleinsatz der Polizei in Bremen 2004, durch den Laye Condé starb. In beiden Fällen wurde öffentlich jedoch weniger über die rassistische Motivation der Polizei diskutiert, es standen vielmehr die Fragen nach der Legitimität von Fixierungen in Zellen oder Brechmitteleinsätzen im Vordergrund. Solche brutalen Angriffe werden anschließend zumeist als Ausnahmen bezeichnet – als Versäumnisse oder Versagen einzelner Polizeibeamt_innen. Diese Legende der bedauerlichen Einzelfälle individualisiert rassistische Polizeigewalt. Gestützt wird sie, wenn z.B. die Ursachen für rassistisches Handeln bei den einzelnen Beamt_innen gesucht werden, indem individuelle Defizite wie Stress, Frustration oder Überarbeitung in den Fokus gestellt werden. Dadurch wird die strukturelle Ebene – bewusst oder unbewusst – ausgeblendet. Um dieser individualisierenden Theorie entgegenzuwirken, ist es umso wichtiger, die Normalitäten systematischer rassistischer Polizeipraxen zu betrachten. Rassistische Polizeigewalt findet auch bei „unspektakulären Fällen" nicht etwa außerhalb erlaubter polizeilicher Gewaltanwendung statt. Rassistische Polizeigewalt ist vor allem institutioneller Art – mit Methode und rechtlichen Rahmenbedingungen. Das lässt sich besonders bei den sogenannten Verdachts- und ereignisunabhängigen Kontrollen und Schleierfahndungen beobachten. Mit dieser juristischen Legitimation werden rassistischen selektiven Kontrollen Tür und Tor geöffnet. Tagtäglich diskriminiert diese Praxis unzählige Menschen.

VERDACHTSUNABHÄNGIGE PERSONENKONTROLLEN

Verdachts- und ereignisunabhängige Personenkontrollen werden zu unterschiedlichen Zeiten, an unterschiedlichen Orten, unter unterschiedlichen Bedingungen durchgeführt, aber nicht ohne System. Die folgenden Beispiele können nur einen kleinen Einblick geben. Personenkontrollen gehören für viele Menschen, die die Polizei als Nicht-deutsch und Nicht-weiß kategorisiert, zum Alltag.

Bericht 1:

„Zweimal hatte ich schlimme Erlebnisse im letzten Jahr. Einmal in der Turmstraße in Berlin, vor einem Monat. Wir waren zu zweit und wurden wie Drogenhändler kontrolliert. Ich finde das schlimm, weil die Polizisten uns ausgesucht haben, nur weil wir schwarz sind. Sie waren gerade dabei, irgendwelche Leute zu kontrollieren. Als

& POLIZEI

sie uns sahen, unterbrachen sie die Kontrolle der Weißen und kontrollierten uns. Die zweite Kontrolle war im Sommer. Wir waren im Zug auf dem Weg zum Heim in Luckenwalde. Sie haben direkt uns kontrolliert, obwohl der Zug voller Menschen war. Du stehst auf einem Bahnsteig und um dich herum viele, viele Leute, und sie kommen direkt auf dich zu und sagen: „Guten Tag, Ihren Ausweis bitte". Sie kommen immer nur zu dir. Sie sagen immer „Guten Tag". Am Bahnhof Zoo hatte ich mir gerade ein Ticket gekauft. Da kamen wieder zwei – „Guten Tag" – auf mich zu, und ich hatte nur eine Fotokopie von meinem Ausweis dabei. Da haben sie mir die Hände auf den Rücken gefesselt und mich mit in die Bahnhofswache genommen, mich zwei Stunden lang festgehalten, fotografiert, Fingerabdrücke genommen, nach Drogen durchsucht."

Bericht 2:

„F. A. beobachtet zwei Polizeibeamte bei einer Personenkontrolle eines Mannes in der Hasenheide im Bezirk Neukölln. Er spricht die Polizeibeamten an und fragt sie, ob der Mann wegen seiner Hautfarbe überprüft worden sei. Das bejaht einer der Beamten und argumentiert, dass „nur Schwarze (...) in der Hasenheide Drogen [verkaufen] würden"."

GESETZLICHE GRUNDLAGEN

Unterschiedliche gesetzliche Grundlagen ermöglichen es der Berliner Polizei, auch ohne konkreten Verdacht die Identität von Menschen festzustellen. An sogenannten kriminalitätsbelasteten Orten, die einigen vielleicht noch als gefährliche Orte geläufig sind, darf die Berliner Polizei auch ohne konkreten Verdacht die Identität von sich dort aufhaltenden Personen feststellen (§ 21 Abs. 2 Nr. 1 ASOG). Um einen solchen kriminalitätsbelasteten Ort festzulegen, erstellt die Polizei eine Prognose darüber, wie viele „kriminelle Handlungen" sich wohl in Zukunft an einem Ort abspielen werden. Der große Spielraum, der sich hier für die Polizei öffnet, ist unübersehbar. Obwohl Polizeibeamt_innen an kriminalitätsbelasteten Orten besonders massive Eingriffsrechte haben, ist offiziell nicht bekannt, wo diese Orte sind.Einige Printmedien veröffentlichen diese Informationen, wenn sie Zugang zu ihnen bekommen. Ein anderer Weg herauszufinden, wo ein kriminalitätsbelasteter Ort ist, ist die konkrete Situation der Kontrolle: Polizeibeamt_innen antworten auf die Frage, warum ein Mensch kontrolliert wird manchmal, dass er_sie sich an einem kriminalitätsbelasteten Ort aufhalte. In Berlin sind es meist große Plätze und Parks, die die Polizei als kriminalitätsbelastet einstuft. Laut der Berliner Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt „KOP" sind mit hoher Wahrscheinlichkeit momentan bekannte kriminalitätsbelastete Orte die Hasenheide, der Görlitzer Park, der Hermannplatz, der Alexanderplatz, der Weinbergspark, der Breitscheidplatz und die Samariterstraße.

In Berlin existieren darüber hinaus noch weitere Vorschriften, die von der Polizei für selektive Kontrollen genutzt werden: Es ist der Polizei beispielsweise möglich, in einer Verkehrs- oder Versorgungsanlage oder -einrichtung, einem öffentlichen Verkehrsmittel, Amtsgebäude oder einem anderen besonders gefährdeten Objekt oder in dessen unmittelbarer Nähe sowie an polizeilich eingerichteten Kontrollstellen (unter bestimmten Voraussetzungen) verdachtsunabhängig Personen zu kontrollieren (§ 21 Abs. 2 Nr. 2, 3 ASOG).

Die sogenannte Schleierfahndung gestattet es der Bundespolizei, verdachtsunabhängige Personenkontrollen durchzuführen. Durch das Schengen-Abkommen und dem damit verbundenen Wegfall der Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedsstaaten kann von einer Verlagerung der Grenzen ins Inland gesprochen werden. Als

GESCHICHTEN AUS OLDENBURG

»Einmal bin ich mit dem Zug nach Bonn gefahren um meinen Anwalt zu besuchen. In Münster musste ich umsteigen. Ich setzte mich gegenüber einen Menschen aus Afrika. In dem Zugabteil saßen viele Leute. Dann kamen zwei Polizisten in unser Abteil. Sie haben uns beide gesehen und sind dann direkt zu uns gekommen. Sie forderten uns auf unsere Personalausweise und unsere Bahntickets zu zeigen. Dann fragte ich die Polizisten: „Warum sollen nur wir unsere Ausweise vorzeigen? Denn bei einer Ausweiskontrolle müssen alle kontrolliert werden." Einer der Polizisten sagte darauf: „Wir stellen hier die Fragen und nicht du. Wenn du deinen Ausweis nicht zeigst, musst du aussteigen, damit der Zug abfahren kann." Dann zeigte ich meinen Ausweis, weil ich keine Zeit hatte – ich musste ja zu meinem Anwalt. Ich sollte zusätzlich meine Urlaubserlaubnis zeigen, weil ich meinen Wohnort nicht mehr als 30 Kilometer verlassen durfte. Die Leute, die mit uns im Abteil saßen, mischten sich nicht ein, sie guckten nur in unsere Richtung. Außer einer alten Frau. Sie sagte zu uns: „Ihr habt Recht. Wenn es eine Ausweiskontrolle gibt, müssen alle kontrolliert werden und nicht nur ihr beide." Daraufhin sagte einer der Polizisten zu der Frau: „Sie haben kein Recht sie zu verteidigen. Wir wissen wie wir unsere Arbeit zu machen haben." Ich erklärte der Frau die Situation: „Ich weiß warum sie uns kontrollieren: weil wir schwarz sind." Wir schämten uns, weil die Leute uns ansahen als wären wir Kriminelle. Nachdem die Polizisten unsere Papiere kontrolliert haben, sind sie gegangen.«

Zweck der Schleierfahndung wird die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität angegeben. Die Schleierfahndung ermöglicht Kontrollen im Grenzgebiet bis zu einer Tiefe von 30 Kilometern, ebenso auf sogenannten Transitstrecken und in öffentlichen Einrichtungen des internationalen Verkehrs, zum Beispiel auf Bahnhöfen oder Flughäfen (§ 23 BpolG).

AUSGESTALTUNG : DIE PRAXIS DES RACIAL PROFILING

Die oben aufgeführten Gesetzesgrundlagen dienen dazu, dass die Polizei juristische Grundlagen hat, um zunehmend Menschen zu kriminalisieren, die sie als Nicht-deutsch und Nicht-weiß kategorisiert. Die Personenkontrolle wird durchgeführt, um einen Verdacht hervorzubringen – es besteht ein Verdacht des Verdachts. Somit kann von »verdachtsunabhängig« keine Rede sein.

Polizeiliche Kontrollen werden nicht total durchgeführt, d.h. es wird nicht die Identität aller Personen festgestellt, die sich an einem bestimmten Ort aufhalten. Die Selektion derer, die von Polizeibeamt_innen herausgegriffen werden, erfolgt im Rahmen einer rassistischen Praxis. Bei dieser Praxis handelt es sich um racial profiling. Davon kann gesprochen werden, wenn von diskursiv aufgeladenen Symbolen und Zuschreibungen auf ein bestimmtes Verhalten geschlossen wird. Hier werden also bestimmte Symbole als Hinweis für kriminelles Verhalten kategorisiert. Mit racial profiling kann demnach jegliche polizeiliche Maßnahme (Verdächtigung, Kontrolle, Arrestierung) bezeichnet werden, die aus der Vorstellung heraus geschieht, dass Menschen, denen eine bestimmte „ethnische" Zugehörigkeit zugeschrieben wird, bestimmte Arten von Kriminalität eher begehen würden.

Diskurse um racial profiling sind in der BRD im Vergleich zu anderen europäischen Ländern oder den USA noch weitgehend marginal. In einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung zum Thema „Bekämpfung von Rassismus bei der Polizei"fragten Sevim Dagdelen, Ulla Jelpke und die Bundestagsfraktion DIE LINKE im Jahr 2008 u.a. nach der Praxis des racial profiling. Die Bundesregierung antwortete: „Der Begriff des „racial profiling" ist aus den USA bekannt. (...) In der Bundesrepublik Deutschland verbietet sich eine solche Vorgehensweise schon auf Grund des Grundgesetzes und des rechtsstaatlichen Systems. Daher bedienen sich weder das Bundeskriminalamt (BKA) noch die Bundespolizei eines solchen Instruments." Die Antwort scheint mit dem Motto „was es nicht geben darf, gibt es nicht" begründet zu sein. Unbeachtet bleiben nicht nur die Berichte der Betroffenen, sondern auch mehrere Studien, die racial profiling in der BRD belegen.

RACIAL PROFILING BEDINGT INSTITUTIONELLEN RASSISMUS

Bei der Anwendung des racial profiling handelt es sich um eingeschliffene Gewohnheiten der Polizist_innen, die sich nach etablierten Wertvorstellungen richten. Um nach der Definition von Rommelspacher von institutionellem Rassismus sprechen zu können, muss zusätzlich das Merkmal „bewährte Handlungsmaxime" erfüllt sein. Racial profiling muss sich also als Praxis im Polizeiapparat bewährt haben. Polizist_innen handeln bei verdachtsunabhängigen Kontrollen nicht nur in Übereinstimmung mit herrschenden Diskursen zur Migrationssteuerung, sondern lenken den Diskurs auch wesentlich mit, um das Bestehen des Apparats zu rechtfertigen bzw. auszuweiten. Den „Erfolg", den Beamt_innen im Rahmen verdachtsunabhängiger Kontrollen und Schleierfahndungen verbuchen, sollen die Gesetze bestätigen und das Handeln der Polizei rechtfertigen. Die Konstruktion von Erfolgen kann mit einem Beispiel verdeutlicht werden: Die

GESCHICHTEN AUS OLDENBURG

»Neulich am Pferdemarkt in Oldenburg habe ich eine Straße bei einer Ampel mit dem Fahrrad überquert – zeitgleich mit vier Weißen. Auf der anderen Seite wurden wir alle von der Polizei angehalten und uns wurde vorgeworfen, dass wir bei rot rüber gefahren seien. Nach einer kurzen Belehrung haben alle ein Faltblatt mit einer Anleitung zum richtigen Verhalten im Straßenverkehr für Fahrradfahrer bekommen und konnten dann weiterfahren ... alle, außer dem einzigen Schwarzen, mir.

Sie wollten dann meine Papiere sehen. Als sie meine Aufenthaltsgestattung sahen, meinten sie erst, »Ach klar, aus Blankenburg also«. Als sie die Personalien durchgaben, fiel ihnen auf, dass ich ja im Abschiebelager Bramsche-Hesepe gemeldet bin und also gegen die Residenzpflicht verstoßen würde. Sie wurden aggressiver: »Hast du das Fahrrad geklaut?« »Nein, das habe ich von einem Freund.« Fast enttäuscht stellten sie fest, dass es nicht als gestohlen gemeldet war. Dann ging es weiter: »Was machst du in Oldenburg?« »Ich habe einen Freund besucht und bin gerade auf dem Rückweg ins Lager in Bramsche.« Scheinbar unzufrieden mit der Antwort: »Rauchst du? Ganja? Mmh?« Ich antwortete: »Und selber?« Polizist: »Was willst du hier in Deutschland? Deutschland braucht dich nicht! Du musst zurück!« Ich: »Bezahlt doch mein Flugticket!« Polizist: »Darum wird sich die Ausländerbehörde schon kümmern ...« Ich: »Habt ihr ein Problem mit mir?« Polizist: »Nein, aber das deutsche Gesetz/Justiz hat ein Problem mit dir!« Ich: »Weil ich schwarz bin?« Polizist: »Nein, nicht deswegen! Und jetzt lass uns arbeiten!«

restriktiven Gesetze für Flüchtlinge im Asylverfahren oder mit Duldung sind ausschließlich ihnen auferlegt und können somit auch nur von ihnen „gebrochen" werden. Beispielsweise kann ein Mensch nur unerlaubt „seinen_ihren" Landkreis verlassen, wenn für ihn_sie die Residenzpflicht gilt. Führt nun die Polizei beispielsweise gezielt auf Bahnhöfen Personenkontrollen durch, können sich so „Erfolge" einstellen, die wiederum die „Effektivität" des racial profiling als Handlungsmaxime bestätigen.

In der polizeilichen Praxis werden also auf der Grundlage von racial profiling Gruppen von Menschen konstruiert und bestimmten Kriminalitätsformen zugeschrieben. Dabei handelt es sich nicht um bedauerliche Einzelfälle, sondern um institutionellen Rassismus.

Diese Praxis zeigt sich verpackt als „Wissenswertes zu einigen Kriminalitäts-Phänomenen" auf der Homepage der Berliner Polizei. Welches Wissen dort vermittelt wird, zeigt sich beispielsweise bei den Informationen über den angeblichen Zusammenhang von Kriminalitätsformen und Staatsangehörigkeiten: Unter der Überschrift „Finger weg vom Hütchenspiel", warnt die Berliner Polizei vor Betrügern, die sie als Men-

GESCHICHTEN AUS OLDENBURG

»Als ich noch in Blankenburg war, hatte ich einem mal meinen Landkreis verlassen. Ich war nach Bremen gefahren um einen Freund zu besuchen. Anschließend wartete ich auf dem Bremer Hauptbahnhof auf meinen Zug. Dann kamen zwei Polizisten in Zivil auf mich zu. Obwohl der Bahnhof voll mit Menschen war, kamen sie ausgerechnet zu mir. Sie setzten sich neben mich: der eine links von mir und der andere rechts von mir. Ich sollte meinen Ausweis vorzeigen. Darauf fragte ich: „Warum?" Und sie sagten, weil sie Polizisten sind. Als ich dem einem Polizisten versuchte zu erklären, dass ich meinen Ausweis nicht zeigen möchte, fragte der zweite Polizist, ob ich Drogen dabei hätte. Hierauf fragte ich überascht: „Warum fragen sie mich nach Drogen? Ich habe keine Drogen. Ich habe nie in meinem Leben Drogen gehabt." Er sagte: „Alle Schwarzafrikaner handeln mit Drogen. Die Drogen kommen aus Afrika." Dann war der Polizist sauer und fesselte mich mit Handschellen auf den Rücken. Sie nahmen mich dann mit zur Polizeiwache. Dort wurde ein Dolmetscher für mich geholt, weil ich ja erst sehr wenig Deutsch konnte. Ich hatte eine kleine Tasche bei mir, die die Polizisten durchsuchten. Ich musste mich dann komplett ausziehen und mein Körper wurde haargenau nach Drogen abgesucht. Das war furchtbar demütigend. Doch sie fanden keine Drogen. Ich sagte: „Ich habe ja auch keine Drogen. Warum habt ihr mir nicht geglaubt?" Worauf einer der Polizisten sagte: „Alle Afrikaner kommen nach Europa um Drogen zu verkaufen." Da ich meinen Ausweis vorzeigen musste, sahen sie, dass ich nicht in Bremen wohnte. Darum musste ich eine Strafe zahlen – wegen Verstoß der Residenzpflicht. Die konnte ich nicht zahlen. Somit musste ich die Strafe im Lager abarbeiten – eine Woche lang.«

schen aus Ex-Jugoslawien konstruiert, die ahnungslosen Berlinbesuchern das Geld aus der Tasche lockten. In ihrer Warnung vor Taschendieben behauptet die Berliner Polizei, dass bisher vor allem vier Tätergruppen in Erscheinung traten: „Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, Personen aus dem nordafrikanischen Raum (Algerier), Personen aus Südamerika (Chilenen), Personen aus Osteuropa (meist so genannte rumänische Klaukinder)." Diese Zuschreibungen reproduzieren rassistische Stereotype. Demnach geht die Polizei davon aus, dass die „Täter" durch phänotypische Merkmale erkennbar sein müssten. Würde sie dies nicht voraussetzen, so hätte die Darstellung des Zusammenhangs von Staatsangehörigkeit und Kriminalitätsform keinen Sinn. Es liegt nahe, dass diese Annahme die Beamt_innen auch bei Personenkontrollen leitet. Indem sie sich an ihnen orientieren, tragen sie zu deren Reproduktion bei. Durch die Konzentration auf bestimmte Bereiche oder Personengruppen, in denen die Polizei nach Kriminalität fahndet, wird der Eindruck erweckt, dass es hier besonders viel Kriminalität gäbe. Der Kontrollfokus der Polizei ist demnach enorm wichtig für die öffentliche Wahrnehmung von Kriminalität und die Legitimation polizeilichen Vorgehens.

HANDLUNGSPERSPEKTIVEN

Die Praxis des racial profiling muss auf mehreren Ebenen bekämpft werden. Auf öffentlicher Ebene ist es dringend notwendig, das Problem sichtbar zu machen und dafür zu sensibilisieren. Es bedarf also einer breiten Skandali- sierung der Anwendung des racial profiling und der Tatsache, dass diese systematisch geschieht. Das kann jedoch nur sinnvoll erfolgen, wenn die eigene Perspektive und Position (z.B. Weißsein) kritisch hinterfragt und auch vermittelt wird. Denn nur im Umgang mit den eigenen rassistisch aufgeladenen Strukturen kann racial profiling verstanden und sinnvoll angegriffen werden, ohne selbst die Vorurteile und Diskriminierungspraktiken zu reproduzieren.

Auch individuelles Eingreifen ist dringend notwendig. Zeug_innen einer verdachtsunabhängigen Kontrolle oder polizeilicher Misshandlung sollten nach kurzer Rücksprache mit den Betroffenen dem Geschehen beiwohnen, die Polizist_innen nach ihren Gründen für die Kontrolle fragen und sich den Betroffenen als Zeug(e)_in anbieten. So kann auf individueller Ebene Druck auf die Beamtinnen ausgeübt werden, körperliche Angriffe mitunter vermieden und Solidarität mit Betroffenen hergestellt werden.

geklaut aus:

antifaschistisches infoblatt # 89

Winter 2010/2011

„Homosexualität ist moralischer Genozid!“

Titelzeile der ruandischen New Times 2008

In 37 von 53 Staaten Afrikas existieren Gesetze, die homosexuelle Handlungen unter Strafe stellen. Machthaber in etlichen Staaten des Kontinents wettern gegen die „unafrikanischen, dekadenten“ Lebensweisen des liberalen Nordens und inszenieren sich als Wahrer „originär afrikanischer“ Traditionen. Homoverbände und kritische Geister aus Afrika wie Europa und den USA behaupten hingegen meist, Homophobie sei ein westlicher Import. Beide Positionen bestimmen projektive Blicke.

Momentan bestimmen Männer wie Robert Mugabe die Debatte in Afrika. Für ihn sind Schwule„schlimmer als Schweine und Hunde“. Auch Otto Odonga, ugandischer Parlamentarier, schaffte es mit der Aussage in die New York Times, er würde seinen eigenen Sohn umbringen, falls dieser schwul wäre. Vor allem die Diskussion um die Einführung der Todesstrafe für „wiederholte homosexuelle Handlungen“ in Uganda machte das Thema Homophobie in Afrika zu schlagzeilenrelevantem Material für Massenmedien im Norden, aber auch in Subsahara-Afrika. Übergriffe auf Schwule in Kenia, Verhaftungen von Schwulen in Malawi, „korrektive Vergewaltigungen“ von Lesben in Südafrika und Morde an Homosexuellen in Nigeria – die Berichterstattung der meisten europäischen und nordamerikanischen Medien legt das Bild eines zutiefst homophoben Kontinents nahe.

Überraschende Einhelligkeit von Homophoben und deren Gegnerinnen und Gegner

Doch was bedeutet Homosexualität in Afrika? Alleine der Versuch, auf diese Frage für einen ganzen Kontinent Antworten zu finden, muss scheitern. Afrika, in diesem Kontext Sub-Sahara Afrika, ist kulturell, sprachlich und politisch ebenso wenig als Einheit zu fassen, wie Europa oder die so oft imaginierte „muslimische Welt“.

Umso überraschender ist die Einhelligkeit, mit der sowohl die öffentlich wahrnehmbaren homophoben Akteure in Afrika, als auch deren Gegnerinnen und Gegner die Wurzel allen Übels identifizieren: der Kolonialismus ist Schuld an der Misere. Gleichgeschlechtliche Liebe sei eine „ausländische Praxis, die in unser Land importiert wurde“ meint Mugabe, während etwa die Nichtregierungsorganisation „Gays and Lesbians of Zimbabwe“ (GALZ) Homophobie und nicht etwa Homosexualität als den „korrupten westlichen Import“ benennt und damit auch das Argument zahlreicher Homo-Verbände aus dem Norden wiederholt.

Eindeutig widerlegt ist zumindest die Aussage, homosexuelle Handlungen hätte es in Subsahara- Afrika vor der Eroberung des weißen Mannes nicht gegeben. Zwar lässt sich auch dies nicht mit letzter Gewissheit für alle Länder zwischen dem Senegal und Madagaskar sagen. Aber nach Ansicht der US-amerikanischen Soziologen Stephen O. Murray und Will Roscoe ist es durchaus legitim, zumindest in Sachen gleichgeschlechtlicher Sex im präkolonialen Subsahara-Afrika, verallgemeinernde Aussagen zu treffen. Ihre umfangreichen Untersuchungen in Westafrika und im südlichen Afrika beschreiben eine jahrhundertealte Geschichte der Homosexualität in über 50 Gesellschaften.

Konstruktion „des Schwulen“ in und durch Europa

Allerdings war das Konzept einer homosexuellen Identität als Lesbe oder Schwuler in all diesen Gemeinschaften vor dem Beginn der Kolonialära gänzlich unbekannt. Dies entspricht auch den Erfahrungen des ruandischen Studenten Jacques Kimanzi*: „Sowohl in der kleinen Stadt in der ich aufwuchs, als auch in der Hautpstadt Kigali ist es nicht selten, dass Männer Sex miteinander haben. Das reicht vom gemeinsamen Onanieren bis zum Analverkehr“, berichtet der Endzwanziger, der seinen Namen nicht veröffentlicht sehen möchte. „Doch fast alle Männer, die Sex

mit Männern haben, sehen sich nicht als homosexuell, nicht mal ansatzweise." Im Gegenteil, die meisten Männer hassen Jacques Kimanzi zufolge Schwule ausgesprochen. Er bezeichnet sich selbst als schwul, da er nicht nur mit Männern Sex sondern auch Liebesbeziehungen haben möchte. „Meiner Meinung nach passiert in ganz vielen afrikanischen Ländern so einiges zwischen Männern und Männern und auch unter Frauen, aber all das wird, wie so vieles anderes, nicht angesprochen. Alle schauen weg, solange du dich anpasst und deiner Familie Kinder bescherst."

Homosexuelles Begehren und gleichgeschlechtliche Liebe sind demnach keine Importe des Nordens, homosexuelle Identitäten hingegen schon. Bis zur Kolonialisierung durch die Europäerinnen und Europäer sind keine Beispiele einer homosexuellen Identitätskonstruktion überliefert. Diese entwickelte sich, Michel Foucault zufolge, in Europa auch nicht aufgrund gesellschaftlicher Emanzipation. Im Gegenteil. Die Repression gegen gleichgeschlechtliche Liebe und Körperkontakt definierte anfänglich das Bild des Homosexuellen. Die Sodomiegesetze stellten zuerst bestimmte Handlungen unter Strafe und Wissenschaftler aus dem medizinischen Bereich entwarfen dann im 19. Jahrhundert die Kategorie des damals als geisteskrank bezeichneten Schwulen. Konsequenterweise transportierten die Engländerinnen und Engländer das Konzept „des Schwulen" (weibliche Homosexualität wurde schon damals von dem männlich dominierten Diskurs ignoriert), in ihre Kolonien und stellten homosexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe. Franzosen, Deutsche und Portugiesen erließen zwar keine expliziten Gesetze, aber die Kolonialisierung etablierte eine heteronormative Hegemonie, die bis heute in weiten Teilen Subsahara-Afrikas existiert.

Homophobie als identitätsstiftendes Element

Heute existieren in 37 von 53 Staaten Afrikas Gesetze, die homosexuelle Handlungen unter Strafe stellen. Im muslimischen Norden Nigerias steht auf homosexuelle Handlungen gar die Steinigung, aber auch in zahlreichen weiteren afrikanischen Ländern drohen Gefängnis- und Geldstrafen. Machthaber in etlichen Staaten des Kontinents wettern gegen die „unafrikanischen, dekadenten" Lebensweisen des liberalen Nordens und inszenieren sich als Wahrer „originär afrikanischer" Traditionen. Oft mit Erfolg.

Der postkoloniale Habitus verleiht den Politikerinnen und Politikern ein gewisses Maß an Souveränität gegenüber dem übermächtigen Norden, von dem die meisten Staaten ökonomisch immer noch abhängig sind und von dem es sich immerhin in Sachen kulturelle Tradition abzugrenzen gilt. Bei Männern kommt in Millionen Fällen noch eine subjektiv erlebte Erniedrigung des eigenen Status hinzu. Ebenso wie in anderen Teilen der Welt, ist

das Bild des Mannes in den meisten Gesellschaften in Subsahara-Afrika mit der Verfügbarkeit von Macht, Einfluss und materiellem Wohlstand verknüpft. Doch für einen großen Teil der afrikanischen Männer stellt die zunehmende Modernisierung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse subjektiv eher eine Gefahr als eine Chance dar. Vor allem für die eigene männliche Identität. Bis in die meisten Dörfer schaffen es heute Bilder üppiger Statussymbole. Die theoretische Chance, der Tristesse in den Dörfern zu entkommen und in einer Stadt, die Erfüllungen der medialen Versprechungen zu finden, bleibt für die meisten Männer und Frauen ein unerreichter Traum. Dennoch steigt die Erwartungshaltung gerade an junge Männer, materiellen Wohlstand anzuhäufen, sich durchzusetzen und ökonomisch erfolgreich zu sein. Nicht zuletzt auch, um die Chancen beim anderen Geschlecht zu steigern. So entsteht eine Situation, in der es eher schwerer wird, verankerte homophobe Einstellungen zu verändern.

Der Frust schlägt sich, wie auch in anderen Teilen der Welt, nur zu gerne im Ressentiment gegen vermeintlich Schwächere oder Andersartige Bahn. Schwule und Lesben sind neben migrierenden Gruppen beliebtes Ziel der auf der Strecke Gebliebenen. Und so fordert der Mob immer wieder den Strang für den Schwulen. Das weit verbreitete Ressentiment gegen Homosexuelle und Frauen trifft sich mit dem Interesse afrikanischer Eliten. Denn anhand der Frage der Homosexualität lässt sich dem Norden klarmachen, dass das Konzept universaler Rechte eben nicht in ihren Ländern anzuwenden sei: Zu groß sind die kulturellen Unterschiede, gerade in Sachen Homosexualität. Und die geteilte Ablehnung bietet immerhin ein Angebot der Vergemeinschaftung. Gerade in ökonomisch erfolglosen und korrupten Staaten ist es für die Führungselite eine bequeme Sache, wenn sich der Großteil der Bevölkerung immerhin hinter einer Idee vereinen kann.

Unterschiedliche Lebenwelten

Das ist die eine Seite der gesellschaftlichen Realität von Lesben und Schwu-

len. Es gibt aber noch die weniger sichtbare Lebenswelt von Homosexuellen. Denn Homosexualität wird auch heute noch stillschweigend akzeptiert, gerade im ländlichen Raum. Und in einigen wenigen Metropolen existieren gar offen auftretende Schwulen- und Lesbengruppen sowie entsprechende Subkulturen. Dies ist aber bisher auf Südafrika beschränkt. Die Verfassung des Landes räumt Homosexuellen gesonderten Raum ein und garantiert Schwulen und Lesben freie Entfaltungsmöglichkeiten. Doch gerade in Südafrika kommt es in den letzten Jahren immer wieder zu Übergriffen und Morden. Lesbischen Frauen droht etwa die sehr reale Gefahr der „korrektiven Vergewaltigungen". Bereits der brutale Ausdruck verweist auf eine heteronormative Wirklichkeitskonstruktion. In den Augen der Täter sollen diese Vergewaltigungen Lesben wieder zu „richtigen" Frauen machen.

Im Besonderen verweisen homosexuelle Frauen aus ländlichen Gebieten in Subsahara-Afrika immer wieder darauf, dass sich die wenigen existierenden Initiativen ausschließlich an die homosexuelle Mittelschicht richten. Praktisch gäbe es jedoch kaum Gemeinsamkeiten in den Lebenswelten der Homosexuellen Afrikas. Das Leben der Homosexuellen in den Städten hätte kaum etwas mit den Leidenserfahrungen lesbischer Frauen in den Dörfern zu tun. Sophie Thiam*, eine Basuto-Frau aus Südafrika, ist der Meinung, dass es angesichts der gravierenden sozialen Unterschiede keine „gay identity" in Afrika geben könne. Vielmehr führe die Herausbildung einer Homo-Identität urbanen Stils zu einem veränderten Umgang vieler afrikanischer Gesellschaften mit Homosexualität.

„Früher wurde es einfach totgeschwiegen und ignoriert, doch durch die Einführung ‚des Homosexuellen" durch die Weißen reagieren die Leute heute mit Ekel und Abwehr", meint Sophie Thiam. Unter Basuto-Frauen sei gleichgeschlechtliche Liebe sehr häufig vorgekommen, „doch deshalb hat sich keine Frau als Lesbe gesehen oder gar gedacht, dass sie Sex mit einer Frau hätte. Denn Sex kann man nur haben, wenn ein Penis im Spiel ist."

Projektive Blicke

Im benachbarten Zimbabwe regelte die Praxis kusikira rudzi („Samen pflanzen") die Frage der Nachkommen und das Wohlergehen schwuler Söhne: So wurden Beziehungen homosexueller Männer untereinander stillschweigend akzeptiert solange offiziell geheiratet wurde. Die Ehefrauen waren dann gezwungen mit einem Bruder des Ehemannes oder einem anderen Verwandten zu schlafen, um schwanger zu werden.

Solche Beispiele bringen pro-homosexuelle Gruppen aus dem Norden immer wieder an, um zu beweisen, dass eben die Homophobie ein importiertes Konzept sei. Doch die Argumentation blendet weibliche Homosexualität wieder einmal aus. Während sich Männer dem Reproduktionsdruck kreativ verweigern konnten und können, besteht für Frauen dafür keine Möglichkeit. Und noch heute gilt das Gebären eine der wichtigsten Pflichten für Frauen in vielen afrikanischen Gesellschaften. Gerade in ländlichen Gebieten stellen Nachkommen die einzige Möglichkeit der Altersvorsorge dar.

In Ruanda, dem Land mit der höchsten Bevölkerungsdichte in Subsahara-Afrika, von Swaziland abgesehen, titelte die regierungstreue Zeitung New Times 2008: „Homosexualität ist moralischer Genozid!" Von afrikanischen Intellektuellen ist derzeit leider nichts Kritisches zu solchem Wahnsinn zu hören; der Diskurs wird vor allem europäischen und amerikanischen Menschenrechtsgruppen überlassen. Und das ist mitunter ein Problem. Für lesbisch-schwule Gruppen aus Europa, die für eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Homosexuellen in Afrika eintreten, gilt leider oft das Gleiche wie für die Entwicklungshilfe insgesamt: Was gut gemeint ist, kann sich leicht ins Gegenteil verkehren. Denn für liberal-progressive Europäerinnen und Europäer, die Homophobie, sowie für die konservativ-fundamentalistischen Kräfte, die Homosexualität in Afrika bekämpfen wollen, ist das subsaharische Afrika häufig vor allem eines: Projektionsfläche.

* Namen geändert

David Schwarz

studierte politische Wissenschaften, Psychologie und Kommunikationswissenschaften in Heidelberg und Lausanne. Er arbeitete für die internationale Zusammenarbeit in Ruanda und Indien und lebt derzeit in Bonn.

DAS WAR ERST DER ANFANG

Das ägyptische Militär will auch nach dem Sturz Hosni Mubaraks die Kontrolle behalten. Doch die Demokratiebewegung hat einen wichtigen Sieg erkämpft, der die Protestierenden in anderen Ländern ermutigen wird.

Während die Protestierenden auf dem Tahrir-Platz noch diskutierten, ob sie die Zelte abbauen sollten, erschien eine Gruppe von Demonstranten, die niemand hier erwartet hätte. Am Sonntag versammelten sich mehrere hundert Polizisten, um für einen Neuanfang in den Beziehungen zur Bevölkerung zu werben. Ihren ehemaligen Dienstherren, den bei der Kabinettsumbildung Ende Januar abgesetzten Innenminister, mögen sie offenbar nicht. »Habib al-Adly ist der Feind Gottes«, war eine der Parolen.

Die Demonstranten waren jedoch nicht bereit, die Gewalttaten während der ersten Tage der Revolution so schnell zu vergessen. In erregten Wortwechseln wurden die Polizisten als »Hunde« beschimpft. Dennoch kann es als Zeichen für die Auflösung der alten Ordung gelten, wenn nun sogar die Schergen des Regimes auf die Straße gehen. »Hinter den Kulissen geschahen schreckliche Dinge«, sagte einer der Polizisten der Tageszeitung al-Masry al-Youm. »Niemand will, dass das so weitergeht.«

Die protestierenden Ordnungshüter forderten auch höhere Gehälter, nach 20 Dienstjahren verdienen sie pro Monat 800 ägyptische Pfund, kaum mehr als 100 Euro, und eine Gesundheitsversicherung gibt es nur für hohe Offiziere.

Die Reorganisation des Polizeiapparats gehört zu den zahlreichen Aufgaben, die im Demokratisierungsprozess bewältigt werden müssen. Selbst Hosni Mubarak hatte in seiner letzten Rede als Präsident am Donnerstag vergangener Woche die Bestrafung der an den illegalen Angriffen auf die Protestbewegung Beteiligten versprochen. Doch eine zu gründliche Untersuchung könnte nicht nur die Polizeiwachen leeren, denn auch dem Militär werden schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Nach dem Beginn der Revolution wurden Hunderte, vielleicht Tausende vom Militär inhaftiert, sagte Hossam Bahgat, Direktor der Egyptian Initiative for Personal Rights. Viele Gefangene seien gefoltert worden.

Auf den Rücktritt Mubaraks am vergangenen Freitag folgten anderthalbtägige Freudenfeiern. Doch nun ist die vermutlich größte Straßenparty in der Geschichte der Menschheit zu Ende, und die demokratischen Revolutionäre fragen sich, wie es weitergeht. Das Offizierskorps hat die Macht übernommen, das Parlament wurde aufgelöst und die Verfassung suspendiert, von einem Komitee vorgeschlagene Änderungen sollen in zwei Monaten zur Abstimmung gestellt werden. Ob das von Mubarak ernannte Kabinett noch eine Rolle spielen oder die Verwaltung und die Leitung des Übergangsprozesses vom Obersten Rat der Streitkräfte übernommen werden wird, ist unklar.

Das Militär hat die zivile Bürokratie der bislang regierenden National Democratic Party (NDP) entmachtet. Sie beherbergte Hardliner wie den verhassten al-Adly, die jeden Kompromiss verweigerten. Zwar hatte das Offizierskorps seit dem Putsch im Jahr 1952 viele Gelegenheiten, sich um die Demokratisierung verdient zu machen, fiel aber bislang nicht durch übermäßigen Eifer auf. Die Militärführung will die Kontrolle behalten, erst als die Zahl der Demonstranten trotz aller Gewalt, Drohungen und Versprechungen immer weiter wuchs und die Zahl der Streiks zunahm, zwang sie Mubarak zum Rücktritt.

Umso größer ist der Sieg der Demokratiebewegung. Entgegen den ursprünglichen Plänen musste das Militär Mubarak opfern, um eine Radikalisierung der Straßenproteste zu verhindern. Vorläufig ist das gelungen, zumal die meisten Protestierenden nach zweieinhalb Wochen auch mal eine Pause brauchen. Doch die Demokratiebewegung drängt auf schnelle Reformen. Noch immer gilt der Ausnahmezustand, die politischen Gefangenen wurden nicht freigelassen, und die Generäle haben zwar freie Wahlen versprochen, aber noch nicht zugesagt, Repräsentanten der Demokratiebewegung am Übergangsprozess zu beteiligen.

Reformen wird es geben, so viel darf man den Generälen wohl glauben. Dass sie ihren Privilegien und der Macht freiwillig entsagen, kann man jedoch nicht erwarten. Wenn das Militär die höchste Überwachungsinstanz bleibt und es der zivilen Oligarchie gelingt, das Parteiensystem zu kontrollieren, könnte ein formal parlamentarisches, aber de facto undemokratisches System entstehen, wie es in Pakistan existiert. Ein solches Arrangement gestattet es auch den straff organisierten Islamisten, weit mehr Einfluss zu nehmen, als es ihrem Anteil an den Wählerstimmen entspräche.

Doch in Pakistan gab es nie eine Revolution, Demokratiebewegung und Gewerkschaften sind schwach. Im revolutionären Ägypten sind die Voraussetzungen für die Demokratisierung wesentlich besser, und es gibt erste Anzeichen dafür, dass Proteste und soziale Kämpfe

sich ausbreiten, auch wenn sie vorerst wohl nicht mehr so spektakulär sein werden. Die illegalisierte Gewerkschaftsbewegung spielte eine wichtige Rolle in der Revolution (siehe Seite 4), im Demokratisierungsprozess wird ihre Bedeutung noch wachsen. Das Militär forderte im Staatsfernsehen ein Ende der Streiks, und in einigen Betrieben wurde der Arbeitskampf unterbrochen. Doch allein am Montag protestierten in Kairo neben den reumütigen Polizisten, die erneut auf die Straße gingen, auch Krankenwagen- und Busfahrer, Angestellte der Nationalbank und der staatlichen Telefongesellschaft, Journalisten der bislang staatlich kontrollierten Medien sowie medizinisches Personal.

Die Revolution war in erster Linie ein Freiheitskampf, die ökonomischen Forderungen blieben zweitrangig. Doch waren politischen Unterdrückung und soziale Misere untrennbar miteinander verbunden. Der Kampf für Lohnerhöhungen war illegal, Beförderungen und sozialer Aufstieg waren nur im Rahmen des Klientelsystems der NDP möglich. Lohnabhängige und Angehörige der Mittelschicht kamen auf dem Tahrir-Platz zusammen, weil sie ähnliche Probleme haben. Der Arbeiter, der sich gegen eine Entlassung wehren wollte, hatte es ebenso wie der Ingenieur, dem ein Günstling der NDP die Stelle wegschnappte, mit einem patriarchalen Kommandosystem zu tun, das in allen gesellschaftlichen Bereichen Apathie und Stagnation erzeugte.

Mubaraks Regime fesselte auch die Produktivkräfte, doch ist die Bourgeoisie in der Revolution nicht hervorgetreten. Wie die ausländischen Investoren sind auch die meisten ägyptischen Unternehmer in das System der Korruption und Repression eingebunden. Dass die bürgerliche Revolution ohne die Bourgeoisie auskommen musste, ist jedoch eher vorteilhaft, denn nun entwickelt die Demokratiebewegung ihre Forderungen auf der Grundlage der Interessen von Arbeitern und Mittelschicht.

Bauern und nicht lohnabhängige städtische Arme haben sich an den Protesten beteiligt, sind in der Oppositionsbewegung aber noch nicht repräsentiert. Doch während der Revolution sind neue Formen der Selbstorganistion entstanden. Nicht nur die Staatsmacht wurde herausgefordert, auch informelle gesellschaftliche Hierarchien wie die Vorrangstellung der alten Männer wurden in Frage gestellt. Das gibt den politisch marginalisierten Bevölkerungsgruppen die Chance, eigene Organisationsformen zu finden.

Religiöser Konservatismus ist in Ägypten verbreiteter als in Tunesien. Auf dem Tahrir-Platz gab es keine Geschlechtertrennung, aber viele protestierende Frauen trugen ein Kopftuch oder sogar den Niqab, der nur einen Sehschlitz freilässt. Die Verschleierung verbreitete sich jedoch erst unter Mubarak, sie wurde für viele konservative Ägypterinnen zum Symbol des Protests gegen den korrumpierten Staatsislam.

Ob die Revolution nun einen Trend zur Entschleierung einleitet, lässt sich noch nicht vorhersagen. Ermutigend ist jedoch, dass die meisten Gruppen der Demokratiebewegung explizit einen säkularen Staat fordern. Eher als der französische Laizismus dürfte sich in Ägypten das Modell der USA durchsetzen, das die religiöse Neutralität des Staats mit einer fast schrankenlosen Freiheit für private Frömmelei verbindet. Über diese Frage wird in Zukunft heftig gestritten werden, die Muslimbruderschaft etwa wird auf einer Bindung an »islamische Werte« bestehen. Doch die Revolution hat zumindest die Möglichkeit geschaffen, die Demokratisierung mit der gesellschaftlichen Emanzipation zu verbinden.

Das wird sich auch auf andere arabische Staaten auswirken. Tunesien war selbst für gebildete Araber ein unbekanntes Land, dem man keine besondere Bedeutung beimaß. Mubaraks Starrsinn hingegen war wohlbekannt, und noch immer gilt Ägypten als kulturelles und politisches Zentrum der arabischen Welt. Statt der Soaps, die Ägypten produziert, gab es nun eine Revolution zu sehen, und dass die Ägypter als geduldig, gutmütig und ein wenig träge galten, dürfte den Ehrgeiz, es ihnen gleichzutun, in anderen arabischen Ländern noch mehr anstacheln.

aus: JungleWorld 7/11

Die tunesische Revolution

Präsident Ben Ali hatte 2011 zum „Jahr der Jugend" erklärt. Das hat er bekommen. Noch ist die Zukunft Tunesiens ungewiss. Nach der erstickenden Diktatur müssen sich die demokratischen Kräfte erst neu organisieren. Doch eines steht fest: Was in Tunesien geschieht, wird auf die ganze arabische Welt ausstrahlen.

Binnen weniger Wochen ist es den Tunesiern gelungen, ein despotisches Regime zu stürzen, dessen Führung in den Händen einer einzigen Familie lag, die das Land über ein Vierteljahrhundert regelrecht geplündert hat. In Nordafrika und im Nahen und Mittleren Osten mangelt es wahrlich nicht an Diktatoren. Doch in der gesamten Region war Tunesien unter Zine El Abidine Ben Ali eines der autoritärsten und am stärksten abgeschotteten Regime.

Die Selbstverbrennung eines verzweifelten jungen Mannes am 17. Dezember 2010 löste einen Aufstand aus, der deshalb so erfolgreich war, weil er erstens überraschend kam, zweitens keine Anführer hatte und drittens nicht zentral organisiert war. Andernfalls hätte das Regime die Volkserhebung wahrscheinlich schnell niederschlagen können. Was die Demonstranten verband, war ihre via Facebook und Twitter kommunizierte unbändige Wut auf den Autokraten Ben Ali. Damit hatte das Regime nicht gerechnet - obwohl es ein Vorbild gab: die Grüne Bewegung im Iran, die 2009 von der herrschenden Theokratie niedergeschlagen wurde.

In Tunesien operierte die Armee weitgehend getrennt von den Geheimdiensten und der Polizei. Die bis auf die Präsidentengarde meist schlecht bezahlten Beamten konnten zwar begrenzte Unruhen beherrschen, aber mit der Kontrolle eines solch großen, von breiten Schichten der Gesellschaft getragenen Aufstands waren sie heillos überfordert.

Nach Ben Alis Sturz und seiner Flucht am 14. Januar ist die politische Zukunft Tunesiens nach wie vor ungewiss: Eine autonome politische Elite, die in der Lage wäre, den Staat nach dem Sturz des verhassten Präsidenten zu lenken und in ein demokratisches System zu überführen, ist noch nicht in Sicht.

Auch nach der Auflösung der Regimepartei des geflohenen Präsidenten, dem Rassemblement constitutionnel démocratique (RCD), werden die alten Kader nicht von heute auf morgen verschwinden. Das engmaschige Überwachungsnetz im ganzen Land war nur eine Facette ihrer Macht. Die RCD-Funtkionäre saßen an den Schalthebeln von Verwaltung, Wirtschaft und Kultur. Zudem erfüllte die Partei mehrere Funktionen: Sie bediente wenige Klientelgruppen und sorgte gleichzeitig für eine Umverteilung zugunsten der Armen.

Marsch der Jugend zum Palast von Karthago

Das sicherte ihr eine effiziente politische Kontrolle und verschaffte ihr zugleich eine breite gesellschaftliche Basis. Doch das ist nicht der einzige Hemmschuh für den revolutionären Prozess. Einerseits behält die Armee einen entscheidenden Platz, andererseits müssen sich die Kräfte, die die Macht übernehmen sollen, überhaupt erst einmal sortieren.

Dem Allgemeinen Tunesischen Gewerkschaftsbund UGTT – einzige Gewerkschaft des Landes – wird oft ein großes Mobilisierungspotenzial zugeschrieben. Manche behaupten gar, die überall im Land präsente Organisation habe den Aufstand angezettelt und könnte als Alternative zum RCD dienen. Tatsächlich ist die UGTT aber keine homogene Organisation. Ihre 500 000 Mitglieder haben vollkommen unterschiedliche Hintergründe, viele sind zudem RCD-Genossen. Vor allem aber hat ihre Führung frühere Proteste oft gedeckelt, wie etwa 2008 in Gafsa. Und die Entfernung zur Basis ist groß: Seit dem Kongress von 1989 wurde die Organisation zentralisiert – zugunsten des Generalsekretärs und zum Nachteil radikalerer Funktionäre, die kaltgestellt oder gleich ausgeschlossen wurden.

Die Parteien der legalen Opposition, die die Bildung der Regierung der nationalen Einheit ausgehandelt haben, sind klein und nicht sonderlich einflussreich. In den Städten im Landesinneren (Kasserine, Sidi Bouzid, Gafsa), die in den letzten Jahren immer wieder Schauplatz von Unruhen waren, haben sie nur wenige Parteimitglieder. Und ihre Vorsitzenden, Nejib Chebbi von der Demokratischen Fortschrittspartei, Mustapha Ben Jaafar vom Demokratischen Forum für Arbeit und Freiheit und sogar Ahmed Brahim von der postkommunistischen Ettajdid scheinen im Augenblick nur eines im Blick zu haben: die Präsidentschaft.

Auch die bisher verbotenen Parteien werden es nicht leicht haben, sich Gehör zu verschaffen. Der Tunesischen Kommunistischen Arbeiterpartei, einer Kritikerin der Regierung der nationalen Einheit, wird zwar zugutegehalten, dass sie 2008 den Aufstand in Gafsa aus dem Untergrund unterstützt hat, aber auch sie ist eher eine Splittergruppe. Die islamistische Ennahda-Partei[1] wurde unter Ben Ali brutal unterdrückt, und zahlreiche ihrer Funktionäre waren jahrelang im ausländischen Exil. Auch Moncef Marzouki, der 2001 die linke Oppositionspartei Kongress für die Republik (CPR) gründete, ist gerade erst aus dem französischen Exil zurückgekehrt und hatte noch keine Gelegenheit, neue Anhänger zu gewinnen. Überdies hat er bereits angekündigt, dass er der Jugend den Vortritt lassen wolle.

Es ist eine Ironie der Geschichte: Der Diktator hatte 2011 zum „Jahr der Jugend" erklärt. „Ben Ali hat es verkündet, wir nehmen ihn beim Wort", sagte eine Demonstrantin. Auch wenn die jungen Tunesier kein Parteibuch oder Mitgliedsausweis haben, als apolitisch wird sie heute niemand mehr bezeichnen. Viele Demonstranten, die sich den Polizisten entgegenstellten, waren tatsächlich noch im Teenageralter - auch am Abend des 13. Januar, als die Demonstranten vom Viertel al-Kram zum Präsidentenpalast nach Karthago zogen. Als die jungen Leute anderntags im Netz die Flucht des Diktators kommentierten, gab es keine Tabus mehr. Sie besetzten öffentliche Plätze, zwangen Polizisten zum Gruß und ließen sich nicht mehr bevormunden.

Das Internet ist zwar das Symbol ihres Engagements, aber die „Alarm-AGs", die Nachtwachen, bei denen man diskutierte, sich austauschte und Entscheidungen traf, waren mindestens genauso wichtig. Gleichzeitig ersetzten sie die Ordnungskräfte und sorgten für Sicherheit: In den Stadtvierteln rief man

dazu auf, Listen der RCD-Funktionäre zu erstellen, die Schulen vor Brandstiftern zu schützen, und jeder sollte seinen Müll am nächsten Morgen selbst entsorgen. Die Zukunft der Tunesischen Revolution wird davon abhängen, wie diese hunderttausenden jungen Leute in die Politik einbezogen werden.

Denn für eine Gesellschaft auf der Suche nach Demokratie ist die Jugend ein wichtiger Trumpf. Tunesien zählt zu den Ländern mit der gebildetsten und am stärksten säkularisierten Bevölkerung in der arabischen Welt. Bisher konnten die radikalen Islamisten keinen entscheidenden Einfluss ausüben. Wenn die Anhänger der Ennahda (siehe auch Artikel S. 23) bereit sind, die demokratischen Regeln einzuhalten, sollten sie in das politische System integriert werden. Dann würden die Radikalen von ganz allein außen vor bleiben. Dennoch kann mit Spannung erwartet werden, ob die alten Führer der RCD im kommenden Wahlkampf wieder auf die Angst vor dem Islamismus setzen - auch um sich damit en passant beim Westen einzuschmeicheln.

Laut tunesischer Verfassung müssen innerhalb von 60 Tagen Wahlen organisiert werden. Doch trotz des Drucks der Straße könnte die Übergangsregierung der nationalen Einheit versucht sein, den Status quo zu verlängern. Im Interview mit der Zeitschrift Zenith berichtete der neu ernannte Außenminister Ahmad Ounais, ein bekannter Regimekritiker und Exbotschafter Tunesiens, dass die Regierung bereits prüfe, ob die Interimszeit nicht auf sechs Monate verlängert werden könne, um auch „anderen Parteien, die nicht in der Lage sind, sich so schnell zu organisieren", eine Chance zu geben.[2]

Selbst die Presse war gleichgeschaltet

Die tunesische Revolution hat auch in anderen arabischen Ländern Hoffnungen geweckt. Die Emanzipationserfahrung wirkte ansteckend, insbesondere in Ägypten (siehe Artikel S. 19), in Jordanien und im Jemen. Dabei hatte die junge Generation, die jetzt ihren Verdruss über die autoritären Systeme auf die Straße trägt, fast schon resigniert. Der Vorteil der Tunesier war, dass sich mit dem Ben-Ali-Clan der Zorn gegen ein klares Ziel richten konnte, vergleichbar mit Ägypten, wo Mubarak den Hass und die Empörung auf sich zog.

Anders sieht es zum Beispiel in Algerien aus, wo gleich mehrere Despoten aus dem Sattel geworfen werden müssten. Autoritäre Regime sind in der Regel stabiler, wenn sie einzelnen Klientelgruppen einen Teil der Macht abtreten. In solchen Ländern verfügen die Machthaber über größere, ihnen zugetane Netzwerke, wie in Algerien, wo die Erdölgewinne einer relativ großen Gruppe zugutekommen, die deshalb ein vitales Interesse am Erhalt des Status quo hat.

Eine weitere Besonderheit des tunesischen Systems waren die als „Wahlen" bezeichneten trostlosen Volksabstimmungen, die der schlecht organisierten Opposition nicht den geringsten Spielraum ließen. Zudem war die tunesische Presse völlig gleichgeschaltet. Auch das ist ein Unterschied zu Algerien, wo zumindest in den Printmedien durchaus regimekritische Töne zu finden sind.

Im westlichen Nachbarland Tunesiens haben die Erdöleinnahmen bislang noch bei jedem Aufstand geholfen, den Volkszorn zu beschwichtigen. Und solange sich die Militärs untereinander einig sind, sich auf der politischen Bühne im Hintergrund halten und Politiker in ihr Machtgefüge integrieren, wird sich daran auch kaum etwas ändern.

Bleibt Marokko, wo sich das Volk bisher noch nicht gegen die Monarchie erhoben hat. Dabei gäbe es auch hier genügend Gründe: eine frustrierte Jugend ohne Perspektiven, einen repressiven Sicherheitsapparat und üble Vetternwirtschaft. Die ethnischen Differenzen sind hier vielfältiger und auch einschneidender als in Tunesien und die sozialen und ökonomischen Gräben gehen tiefer.

Doch auch in Tunesien war die vielleicht entscheidende Ursache für den Aufstand der große Entwicklungsunterschied innerhalb des Landes: Während an den Küsten in den Tourismus investiert wurde, vernachlässigte die Regierung die Regionen im Landesinnern. Hier haben sich die Tunesier zuerst erhoben. In anderen arabischen Ländern existiert diese Ungleichheit zwar auch, aber in anderer Form. Eine Gesellschaft, deren politisches System von einer sehr kleinen, nicht legitimierten Gruppe gelenkt wird, kann sich nicht effizient entwickeln, es sei denn, es existiert, wie in China, gleichzeitig eine autonome Technokratie aus Experten. In den meisten arabischen Ländern ist die Technokratie jedoch stets im Sumpf von Korruption und Autoritarismus versunken.

Der Einfluss der tunesischen Bewegung auf weitere Länder in der arabischen Welt wird am Ende auch davon abhängen, ob es der Übergangsregierung gelingt, das Land zu demokratisieren. Wenn sich Mitbestimmung, Meinungsfreiheit und ein Mehrparteiensystem durchsetzen, wird das auch Ansporn für Proteste in anderen Ländern sein. Dabei sind grundsätzlich zwei Szenarien vorstellbar: dass die arabischen Regierungen auf die Forderungen der Demonstranten eingehen und sich politisch öffnen oder dass sie versuchen, um jeden Preis ihre Macht zu erhalten.

Der erste Weg birgt für die arabischen Machthaber einige Tücken. Denn wenn sich die Systeme nach jahrzehntelanger Repression zu abrupt öffnen, könnte ein solcher Schock zu ihrem Sturz führen. Der Demokratisierungsprozess muss unmissverständlich und glaubwürdig sein. Eine allmähliche Öffnung verlangt also viel Geschick und die Unterstützung einer politischen Elite, die zugleich die Stabilität des Landes im Blick behält. Es ist allerdings höchst fraglich, ob die derzeitigen Regierungen ein Interesse daran haben und in der Lage sind, eine solche Elite zu fördern.

Im Moment sieht es eher danach aus, als würden sich die Machthaber einer ernst gemeinten Öffnung verweigern. Belehrt durch die Ereignisse in Tunesien und Ägypten, versuchen die arabischen Regierungen, die unmittelbaren Ursachen des Aufstands zu beseitigen, indem sie vor allem die Preise für Grundnahrungsmittel (Brot, Zucker, Mehl, Speiseöl) senken. Außerdem bemühen sie sich, die Effizienz ihrer Sicherheits- und Informationsdienste zu verstärken.

Dabei orientieren sie sich ganz offensichtlich am iranischen Modell: Journalisten werden ausgewiesen oder unter Hausarrest gestellt, und das Internet wird blockiert. Am 29. Januar ließ auch die Regierung in Kairo sämtliche Verbindungen kappen, so dass Ägypten zeitweilig von der digitalen Landkarte verschwand.

Nach dem Vorbild der iranischen Bassidsch-Milizen hat das ägyptische Regime Agents Provocateurs in die Menge der Protestierenden geschleust, um den Widerstand in Misskredit zu bringen. Doch die Modernisierung und Ausweitung der Unterdrückungsapparate werden die neuen sozialen Bewegungen nicht mehr aufhalten können. Nach der Tunesischen Revolution und den Umwälzungen in Ägypten werden repressive Lösungen nur noch kurzfristig wirken.

Fußnoten:

(1) Bewegung der kulturellen und politischen Renaissance, die Ende des 19. Jahrhunderts entstand. Sie verbindet die Reformierung des Islams mit gesellschaftlicher Veränderungen. Siehe Anne-Laure Dupont, „Nahda, la renaissance arabe", „Manière de voir, Nr. 106, August/September 2009

(2) www.zenithonline.de/835.html

aus: Le Monde diplomatique Nr. 9418

Mit den Urteilen am 16. Dezember 2010 gegen Nurhan Erdem, Cengiz Oban und gegen Ahmet Istanbullu endet somit nach dem Stammheimer §129b-Prozess das zweite „DHKP-C-Verfahren" und bringt erwartungsgemäß langjährige Haftstrafen mit sich. Nurhan Erdem wird wegen „Rädelsführerschaft in der DHKP-C" zu 7 Jahren und 9 Monaten, Cengiz Oban zu 5 Jahren und 6 Monaten und Ahmet Istanbullu zu 3 Jahren verurteilt. Ahmet Istanbullu befindet sich allerdings mittlerweile auf freiem Fuß.

Der Prozess gegen Faruk Ereren, der ebenfalls wegen „Mitgliedschaft in der DHKP-C" angeklagt und weiterhin von der Auslieferung an die Türkei bedroht ist, jährt sich am 15. Januar diesen Jahres zum zweiten Mal. Außerdem steht ein weiterer „DHKP-C-Prozess" gegen die Gefangenen Sadi Özpolat und Ünal Kaplan Düzyar an.

Der ungebrochene Verfolgungswille

Das Verfahren gegen Nurhan, Cengiz und Ahmet dauerte im Vergleich zu den übrigen DHKP-C Verfahren recht kurz. Der Mammutprozess in Stammheim, der am 17. März 2008 begann gegen Ahmet Düz- gün Yüksel, Mustafa Atalay, Hasan Subasi, Devrim Güler und Ilhan Demirtas begann, hatte ganze 28 Monate gedauert und der Prozess gegen Faruk Ereren in Düsseldorf jährte sich am 15. Januar zum zweiten Mal! Zu der enormen Länge der Prozesse kommen natürlich die Haftbedingungen erschwerend hinzu.

Selbst für Laien ist der Charakter der sogenannten „Terrorismus-Prozesse" unverkennbar; so werden politische Aktivistinnen aufgrund ihrer Tätigkeiten für die legal tätige Anatolische Föderation mit Hilfe von Konstrukten zu „Mitgliedern terroristischer Organisationen" erklärt und reaktionären Regimes wie der Türkei Unterstützung entgegengebracht. Dasselbe Konstrukt „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" wird z.B. auch gegen baskische oder kurdische Basisaktivistinnen angewandt, die dann als angebliche ETA- oder PKK-Gruppe verfolgt werden. Abgesehen davon, das Mitgliedern aus unbewaffneten Zusammenhängen selbständiges Agieren von der herrschenden Klasse abgesprochen wird, hat das alles Ähnlichkeiten mit dem „vier- Ebenen-Konstrukt" der BRD vor über 20 Jahren. Denn damals wurden Gefangene, Widerstand und Solidaritätszusammenhänge als Teil der Gesamt-RAF gesehen und teilweise mit bis zu 10 Jahren Knast verurteilt.

Es ist auch bezeichnend, dass z.B. der Einsatz gegen die Isolationshaft in türkischen Gefängnissen mit Isolationshaft in der BRD geahndet wird. Darauf wies Cengiz Oban auch in seiner Schlusserklärung hin und beschrieb, wie sehr die Haft ihn und auch andere belas-

tete. Er erklärte dazu, dass die Freiheit das wichtigste Gut sei, das der Mensch besitzen könne. Auch Nurhan Erdem verlas eine Erklärung, in der sie die Aktivitäten der Anatolischen Föderation schilderte, dessen Vorsitzende sie war. Sie sprach über die Entstehung der §§129a und -b, über die Türkei und die dort täglich stattfindende Isolation und die Folter. Sie bezeichnete das Verfahren als undemokratisch und entlarvte die sogenannten Beweise als unzulässig und gefälscht. Abschließend zitierte sie Fidel Castro mit den Worten: „Die Geschichte wird mich freisprechen." Viele Menschen waren anwesend, als Nurhan ihre Erklärung verlas. Sie spendeten ihr Beifall. Das Gericht unter dem Vorsitzenden Breidling reagierte darauf mit Ausschluss aus dem Prozess. Beim Verlassen wurden Slogans wie „Isohaft ist Folter, Isohaft ist Mord" und „Freiheit für alle politischen Gefangenen" gerufen. Im Urteil verdeutlicht sich der ungebrochene Verfolgungswille des BRD-Staates gegen linke migrantische Organisationen. Die Bundesanwaltschaft hatte in ihrem Plädoyer noch höhere Strafen gefordert, wonach sie Nurhan sogar 10 Jahre einsperren lassen wollte. Nachdem mit den Präzedenz-Urteilen in Stuttgart-Stammheim der Weg für die weitere und schärfere Kriminalisierung geebnet wurde, ist mit dem jetzigen Urteil ein weiterer Schritt zur Etablierung des §129b als Instrument zur Bekämpfung von linken Organisationen gegangen worden.

Isolationsfolter ist ein Meister aus der BRD

Die Isolationsfolter gegen die Gefangenen aus den §129b-Prozessen setzt sich ununterbrochen und unvermindert fort. Die Haftbedingungen, die vergleichbar mit jenen gegen die Gefangenen aus der RAF sind, stellen ein wichtiges und ergänzendes Mittel für den Staat dar, die politischen Gefangenen sowohl psychisch als auch physisch anzugreifen. So ist Faruk Ereren weiterhin isoliert, obwohl ihm selbst die Justiz aufgrund seiner schweren Erkrankung Umschluss mit anderen Gefangenen zugebilligt hat. Der Prozess gegen ihn zieht sich in die Länge und die Androhungen, ihn an die Türkei auszuliefern, sind weiterhin aktuell. Bei Ünal Kaplan Düzyar, der im Februar 2010 verhaftet wurde, dauert die deutschsprachige Post über sechs bis acht Wochen. Türkische Korrespondenz dauert in der Regel noch länger. Ünal ist neben den Zensur- auch rigiden Isolationsbedingungen ausgesetzt.

Sadi Özpolat wurde auf Betreiben der Bundesanwaltschaft letztes Jahr in Frankreich verhaftet. Er war zu Beginn des Todesfastens von 2000 bis 2007 in der Türkei der Gefangenensprecher. Letzteres ist bestimmt ein Grund, warum er „als Rädelsführer in einer terroristischen Vereinigung" angeklagt wird und es ist zu befürchten, dass er noch zu mehr Jahren eingesperrt werden könnte als Nurhan. Weil auch Sadi mit massiver Zensur und Isolationshaft konfrontiert ist, führte er gegen diese Verschärfungen einen Hungerstreik von vier Tagen im November 2010 durch. Er teilte dieses seinem Anwalt am 17. November mit, jedoch erreichte der Brief seinen Anwalt erst am 16. Dezember! Doch die Isolationsmaßnahmen enden nicht mit dem Knast. Bei Devrim Güler, der bis zum Prozessende in Stammheim über drei Jahre eingesperrt war, hört das auch nach seiner Entlassung nicht auf. Wir zitieren Devrim: „Ich bin seit Donnerstag, den 9. Dezember 2010, zwangsläufig in Heidelberg und werde es wohl noch länger bleiben. Das Verwaltungsgericht Köln hat entschieden, mich nach Heidelberg zu verbannen und mir eine Residenzpflicht aufzuerlegen. Ich darf Heidelberg ohne die Erlaubnis der Ausländerbehörde nicht verlassen. Diese hat mir ebenso eine einmonatige Duldung erteilt. Wie Du sehen kannst, läuft die Repression auf vollen Touren." Devrims Duldung sei letzten Informationen zufolge auf drei Monate verlängert worden, jedoch muss er sich täglich bei der Polizei melden. Auch der ehemalige Stammheim-Gefangene Ahmet Düzgün Yüksel ist seit Januar in Residenzpflicht genommen worden. Er muss sich jeden Tag zwischen 11 und 13 Uhr bei der Polizei melden. Und auch ihm droht – ebenso wie Devrim Güler – weiterhin die Auslieferung an die Türkei.

Es heißt, wir würden die Ordnung in ihren Knästen bedrohen

Sadi Özpolats Korrespondenz zum „Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen" wurde vom Bundesgerichtshof (BGH) durch den Richter Sander beschlagnahmt. Geschickt wurde Informations- und Hintergrundmaterial zum erfolgreichen Prozess gegen das „Gefangenen Info" vor dem Landgericht Berlin. Bei den inkriminierten Texten handelt es sich um die Prozesserklärung und den dazugehörigen Bericht vom Prozess, Grußadressen von Gefangenen, von der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke bis hin zur Roten Hilfe Italiens. Für das BGH seien das nur „Propagandamaterialien" und „Sympathiebekundungen". Dem „Gefangenen Info" wird auch zum Vorwurf gemacht, dass es erstmalig 1989 anlässlich des Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF als „Hungerstreik Info" in Erscheinung getreten ist und es „sei eine Waffe der Solidarität", um gegen die „zunehmende Repression an politische Gefangene aufmerksam zu machen und somit besser gegen die Unterdrückung agieren zu können." Ebenso werden die Herausgeberinnen des „Gefangenen Infos" – das „Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen" – angegriffen, weil es sich als „Zusammenschluss" versteht, um sich gegen die herrschenden Verhältnisse „organisierter" wehren zu können. Somit werden unsere eindeutigen Absichten als Macherinnen dieser Zeitung Abschnitt für Abschnitt zitiert und es ist für uns weiterhin wichtig, Stellung gegen diese Verhältnisse zu nehmen.

Nun, Objektivität ist eine Angelegenheit, die wir sog. unabhängigen Beobachterinnen überlassen möchten. Wir sind uns unserer Lage als Ausgebeutete und Unterdrückte bewusst und nehmen die Verhältnisse auch dementsprechend zur Kenntnis. Insbesondere wenn es um die seit fast einem Jahrzehnt angeheizte „Terrorhysterie" und der dazugehörigen Floskeln der imperialistischen Kriegstreiber und Folterer geht, sind wir ganz und gar nicht gewillt, so zu tun, als stünden wir vollkommen unparteiisch und abseits vom Geschehen. Als Betroffene und Leidtragende des kapitalistischen Systems solidarisieren

wir uns selbstverständlich mit unseren Weggefährtinnen rund um den Globus, welche – ebenso wie wir – aktiv gegen die bestehenden Missverhältnisse ankämpfen. So auch mit den politischen Gefangenen in der BRD!

Die BRD unterstützt Mörder und Folterer

Im „Gefangenen Info" Nr. 354 hatten wir unter dem Titel „Sie lieben Kriegsgeschäfte" etwas zu den innigen Beziehungen zwischen der BRD und der Türkei geschrieben. Dabei ging es natürlich um Waffengeschäfte. Und zwar hatte die Türkei, welche der größte Waffenabnehmer der BRD ist, wieder enorme Summen (2 Milliarden und 56 Millionen €) für Panzer und U-Boote ausgegeben. Es ist somit keineswegs von der Hand zu weisen, dass die BRD ein vitales Interesse an guten Beziehungen zum NATO-Partner Türkei hat. Ein weiterer BRD-Exportgüter, der neben vielen verschiedenen Ländern auch in die Türkei exportiert wurde, ist das Modell- Stammheim. Als Ende der 90er die Debatte zur Lösung des „Gefängnisproblems in der Türkei" breitgetreten wurde, legte die EU der Türkei nahe, Folter nunmehr zivilisierter zu praktizieren. Das Resultat, d.h. die türkische Variante von Stuttgart-Stammheim und Köln-Ossendorf oder kurz F-Typ Knäste genannt, verschlangen bereits beim Eröffnungsakt im Dezember 2000 das Leben von 28 Gefangenen. Rund 100 weitere Gefangene starben in den folgenden Jahren in Hungerstreiks und Todesfasten. Sind die Verantwortlichen für diese Verbrechen allein in der Türkei zu suchen? Denn Folter in Gewahrsam und in den Knästen, das Verschwindenlassen, Hinrichtungen auf offener Straße, Vernichtung von Dörfern und die Massaker an der kurdischen Bevölkerung geschehen mit Billigung und solidarischer Unterstützung der EU – allen voran der BRD. Und einen Faktor dieser aktiven Unterstützung stellt der Anti-Terror-Paragraph 129b dar, weil er eben genau dazu geschaffen ist: Personen und Organisationen zu zerschlagen, die im Ausland ansässig sind und den kapitalistischen Interessen im Wege stehen. Ausgehend davon, dass Menschen vom Recht auf Widerstand gegen Staatsterrorismus Gebrauch machen, darf das Engagement gegen die Praktiken des Staatsapparates der Türkei kein Verbrechen darstellen. Doch da juristische Entscheidungen über Recht und Unrecht und die Auslegung von Begrifflichkeiten wie „Terrorismus" den Herrschenden vorbehalten sind, wird dieses Engagement noch kriminalisierbar bleiben. Wir werden diesen unhaltbaren Zustand nicht widerstandslos hinnehmen!

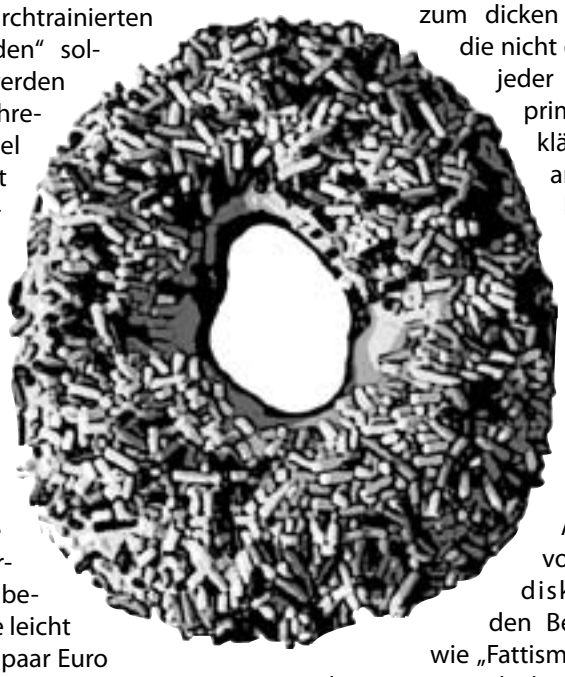
Redaktion des Gefangenen Info

aus: Gefangenen Info 01/02 2011

Dürfen wir noch Kuchen essen?

In Zeiten, in denen beruflicher und privater Erfolg an Selbstvermarktung gekoppelt ist, wird der Körper zur sozialen Visitenkarte. Verena Stern berichtet, warum Dicksein mit Faulheit gleichgesetzt wird, und wie Fat-Rights-Aktivismus jenseits der Klischees vom „dicken Freak" und „fetten Opfer" aussehen kann.

Es sind fitnessgestählte Körper, die die Produkte unserer westlichen Kulturindustrie bewerben: Fit for Fun. Die Botschaft in den Frauenillustrierten lautet unisono: Du bist deines eigenen Glückes Schmiedin. Entweder du bist bereit, streng zu dir zu sein, diszipliniert zu trainieren und noch disziplinierter – also wenig – zu essen. Oder aber du bleibst dick und entsprechend erfolglos. Die mediale Repräsentation dicker Menschen pendelt in der Regel zwischen Opfer und Freak. Beispielhaft dafür sind TV-Formate wie „Celebrity Fit Club", wo B-Promis wie Baywatch-Star Nicole Eggert zu ihrer durchtrainierten Figur „zurückfinden" sollen. Fast immer werden Dicke als abschreckendes Beispiel in Szene gesetzt – und nicht zufällig spielen im Kreuzzug gegen Fettleibigkeit „Race" und Klassenzugehörigkeit eine tragende Rolle: In diversen Reality-TV-Formaten muss sich die „neue fette Unterschicht" darüber belehren lassen, wie leicht man sich mit ein paar Euro am Tag gesund ernähren kann. Schließlich sollen die Hartz-IV- und Sozialhilfeempfänger_innen, die ja jetzt schon auf Kosten der Gesundheitsbewussten und Anständigen leben, die Krankenkassen nicht auch noch durch massenhafte Dickleibigkeits-Folgeerkrankungen schröpfen. Selbstbewusste, positive Role-Models fehlen – bis auf Beth Ditto, die jedoch wiederholt in die Schublade „exotisch" gesteckt wird – hingegen gänzlich.



Fetter Aktivismus

Dass es auch alternative Zugänge zum dicken Körper gibt, die nicht die Jagd nach jeder Kalorie zum primären Ziel erklären, zeigt sich an der erstarkenden Fat-Rights-Bewegung, die in den USA besonders aktiv ist. Sie unterwandert mit der selbstbewussten Aneignung von vormals diskriminierenden Bezeichnungen wie „Fattism" eine Pathologisierung und Viktimisierung von gewichtigen Körpern. Auch der subversive Aktivismus der Chubsters stellt ein befreiendes Gegen-Gewicht zu einer durch gesellschaftliche Normvorstellungen erzwungenen, permanenten und anstrengenden Auseinandersetzung mit dem eigenen Körper und seinem Umfang dar. Das propagierte Schönheitsbild einer „living doli" wird durch Fat-Activists wie der Chubsters-Gründerin Charlotte Cooper oder D.I.Y.-Zines wie „Fat?So!" und „FaT Girl: A Zine for Fat Dykes and the Women Who Want Them" konterkariert. Mehr noch: Dieser Aktivismus greift störend in die herrschenden Normvorstellungen ein.

Der Diskurs um Körper und Schönheit ist – wie jeder Diskurs – ein aktiver und dynamischer Raum gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Darin können Normen bestätigt und reproduziert oder aber abgelehnt, umgedeutet und auch verändert werden. Es mag, um mit Michel Foucault zu sprechen, kein Außen geben – Möglichkeiten der Dissidenz gibt es aber allemal. Charlotte Cooper gibt dazu folgenden Rat mit auf den Weg: Statt sich als fette Frau unsichtbar zu machen oder sich vorzustellen, Gewicht zu verlieren, um ein glückliches Leben und/oder einen Freund zu bekommen, sollten wir uns unsere Identität als fette Person aneignen und zu einer stolzen Person werden.

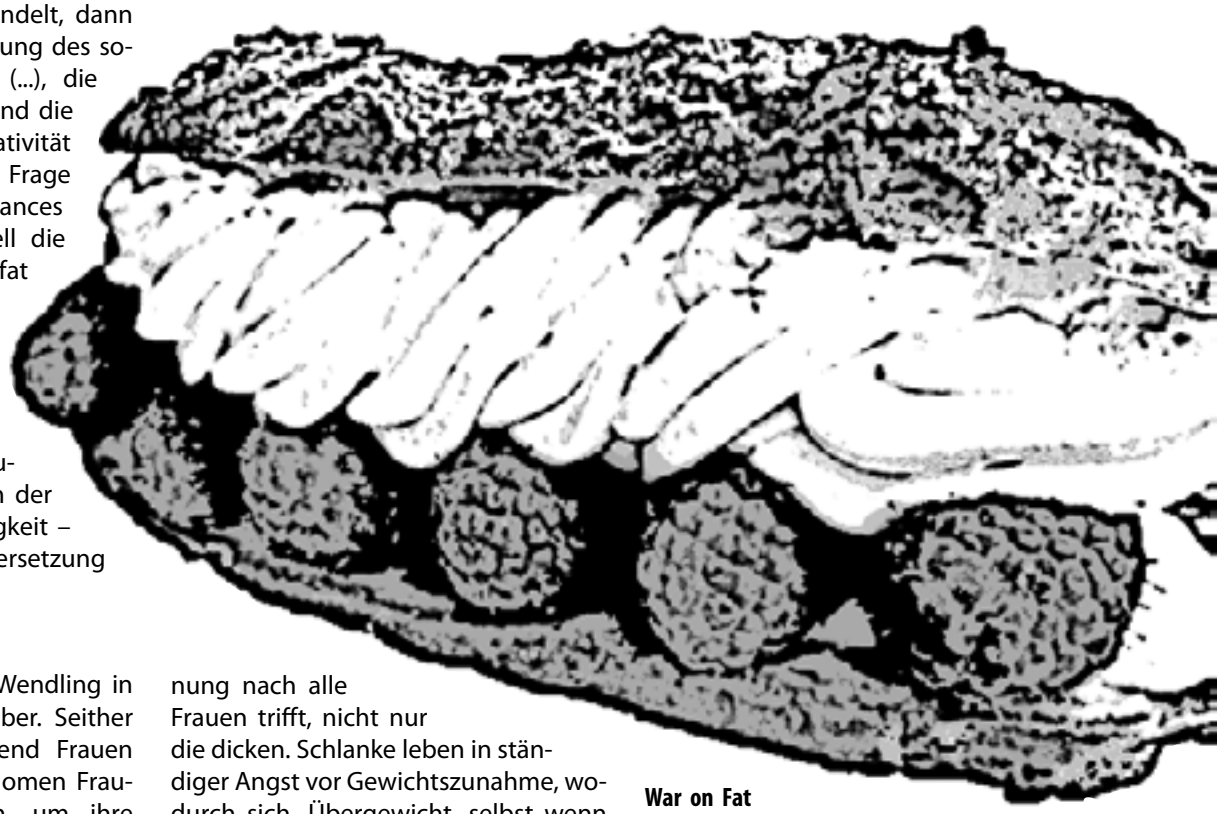
Auch für Allyson Mitchell geht es darum, Fettleibigkeit zu entviktimisieren. Sie ist Mitorganisatorin der Aktion „Queen

Size on Queen Street", bei der es fette Frauen wagten, die unverblümte Frage „Bin ich fett?" an Straßenpassantinnen zu stellen. Mitchell beschreibt die Parodie als wichtiges Mittel für „Fat Drags"- ähnlich wie diese zuvor bereits für eine Dekonstruktion von Gender eingesetzt wurde, wie Judith Butler in ihrem Werk „Körper von Gewicht" beschreibt. Darin erläutert sie, dass Parodie und Drag einer Sichtbarmachung von zweigeschlechtlichem Heterosexismus dienen können: „Wenn es sich beim drag um Männer als Frauen handelt, dann haben wir die Destabilisierung des sozialen Geschlechts selbst (...), die entnaturalisierend ist (...) und die die Ansprüche auf Normativität und Ursprünglichkeit (...) in Frage stellt". In einer ihrer Performances verwendet Allyson Mitchell die Zeilen: „This is how we do fat drag.Think larger than life. Think bigger and brighter than a Labour Day fireworks display. Not just in size but in color and spirit and comedy." Dieser Zugang könnte – hinsichtlich der Anerkennung von Vielfältigkeit – jeder Form der Auseinandersetzung mit Körpern dienlich sein.

Arge Weiber

2009 begründete Patricia Wendling in Wien die ARGE Dicke Weiber. Seither treffen sich ca. ein Dutzend Frauen zweiwöchentlich im Autonomen FrauenLesbenMädchenZentrum, um ihre Erfahrungen mit einer fett-phoben Umwelt zu teilen und sich, im Sinne eines Self-Empowerments, gegenseitig Mut zuzusprechen – fernab von Diät-Tipps und selbsttherapeutischen Motiven. Die ARGE Dicke Weiber definiert sich klar als politische Gruppe: „Wir verstehen die Normierung von Frauen und Frauenkörpern – sowohl von sozialer als auch von medizinischer Seite – als Sexismus. Schönheitsideale, Body-Mass-Index, Diäten und Diätmittel, ‚Schönheitsoperationen und die Pathologisierung des dicken Körpers sind Angriffe auf die Vielfältigkeit und die Gesundheit von Frauen. Sie dienen der Aufrechterhaltung patriarchaler Vorstellungen von Weiblichkeit (Stichwort: ‚das schwache Geschlecht'), sie entsolidarisieren Frauen (Stichwort: ‚Schönheitswettbewerbe') und sind Disziplinierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen, um Herrschaftsverhältnisse zu stützen. Als Feministinnen wollen wir uns von diesem Zwang befreien, denn wir sind davon überzeugt, dass jede Frau das Recht hat, in ihrem einzigartigen Körper in Schönheit und Unversehrtheit zu leben!", so die Selbstbeschreibung der Gruppe auf ihrer Website. Die ARGE Dicke Weiber wehrt sich gegen den gesellschaftlichen Schlankheitsterror, der ihrer Meinung nach alle Frauen trifft, nicht nur die dicken. Schlanke leben in ständiger Angst vor Gewichtszunahme, wodurch sich „Übergewicht, selbst wenn nicht vorhanden, doch immer präsent zeigt. Elfie Resch von der ARGE Dicke Weiber erzählt von Übergriffen im Alltag, z.B. Anrempelungen auf der Straße, weil Frauen wie sie viel Platz einnehmen – weit mehr, als man(n) gewöhnt ist. Noch weniger wird damit gerechnet, dass sie sich nicht in eine passive Opferrolle drängen lässt, sondern zum verbalen Gegenschlag ausholt.

Patricia Wendling zufolge sollte endlich reflektiert werden, wozu (weibliche) Körper eigentlich da sind. Denn wie sie gebraucht werden – als Arbeitskörper, Gebärkörper, Sexobjekt etc. – entscheidet über ihre Wahrnehmung und ihre Zuschreibungen. Tatsache ist, „dass die gesellschaftliche Diskriminierung dicker Frauen und Mädchen unaufhaltsam zunimmt. Ob Job-Kündigungen, Vernachlässigungsvorwürfe, Gesundheitsvorschriften, Abnehmcamps, Magenband-Operationen, Kleidergrößennorm, Schönheitsidealpropaganda, Scham und Hemmungen oder fehlende (Vor-)Bilder – das Leben von und mit dicken Frauen ist mittlerweile massiven Beeinträchtigungen ausgesetzt, und das Selbstwertgefühl aller Frauen und Mädchen wird dadurch tiefgreifend zerstört. Das ist strukturelle Gewalt!"



War on Fat

Der Krieg gegen fette Menschen tobt vor allem in den USA. Richard Carmona, ein ehemaliger Militärarzt der US-Streitkräfte, bezeichnete Fettleibigkeit gar als den „inneren Terror", ein Verbrechen, das „für uns mit jedem Bissen so bedrohlich ist wie die terroristische Bedrohung, der wir uns heute gegenübersehen." Welches politische und ökonomische Gewicht der Körper besitzt, wird auch an der Einführung des BMI (Body-Mass-Index) deutlich. Auf Betreiben einiger US-Versicherungsunternehmen etablierte sich in den 1980ern der BMI als Klassifikationsmodell zur Berechnung von Lebensversicherungsprämien, die „Übergewicht" als Risikofaktor integrierten. Im Laufe der Zeit wurde die BMI-Tabelle

immer weiter nach unten revidiert – ein Umstand, von dem eine ganze Industrie mit ihren „Schlankheitsprodukten" profitierte. Der BMI, der auch von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) eingesetzt wird, machte somit Millionen Amerikanerinnen schlagartig zur adipositösen Gefahr. In bester neoliberaler Tradition wurde damit auf die Belastung, die übergewichtige und fettleibige Menschen angeblich auf das Gesundheitssystem ausüben, hingewiesen. So tauchten plötzlich Studien auf, die bestätigen sollten, welche gesundheitlichen Risiken ein erhöhter BMI beinhaltet, Empfehlungen wurden ausgegeben, wie jede_r in Eigenverantwortung durch Gewichtsreduktion seinen_ihren Beitrag zum Gemeinwohl leisten könne. Um der Sache einen dramatischeren Charakter zu verleihen, wurde gleich eine Pandemie der Fettleibigkeit ausgerufen: Die ganze Gesellschaft werde immer dicker. Dass es überhaupt zu einer solchen „Gefahr" kommen konnte, setzte eine gute Portion Kulturpessimismus voraus: Mit zunehmender Technologisierung entferne sich der Mensch von der Natur, was in weiterer Folge Bewegungsmangel und die Unfähigkeit für den „richtigen Riecher" bei Nahrungsmitteln mit sich bringe.

Verwertbare Körper

„Fat is a feminist Issue" betitelte Susie Orbach ihr bekanntestes Buch bereits vor mehr als einer Dekade. Wie Recht sie damit hat, lässt sich auch an aktuellen populären Beispielen wie Kate Moss und Beth Ditto ablesen. Während Erstere gerne betont, dass „nichts so gut schmeckt, wie dünn zu sein", wird Letztere vorwiegend mit den Attributen „Diskokugel" oder „dick im Geschäft" versehen. Nur vereinzelt (wenn auch immer öfter) werden Männer derart an ihrem Äußeren festgemacht, Frauen hingegen sollen sich permanent mit ihrem Aussehen beschäftigen – mit dem Effekt, dass sie aufgrund dieser zeitraubenden „Aufgabe" Männern weniger Konkurrenz machen.

Es finden sich immer neue (Schönheits-) Ideale, die es zu erreichen gilt – und diese Ideale verändern sich laufend entlang von Vorstellungen, wie die erfolgreiche, fleißige und produktive Frau jeweils auszusehen hat. Heute spielt eine gesellschaftliche Entwicklung, die auch unter dem Namen neoliberal subsumiert wird, da-bei eine gewichtige Rolle. Neoliberal bedeutet dabei nicht nur eine (globale) Machtverschiebung weg von staatlichen Institutionen, wie etwa dem Sozialstaat, hin zur rein an Profiten ausgerichteten Logik der kapitalistischen Wirtschaft. Diese Logik der Verwertbarkeit wurde auch immer stärker den Individuen aufgedrängt, die plötzlich auch ihre „Soft Skills" mit an den Arbeitsplatz bringen mussten – den sie aber nur bekamen, wenn z.B. das mittlerweile obligate Foto neben dem Lebenslauf nicht den Verdacht erweckte, die fette Person sei bei der Arbeit eventuell auch nicht so schnell oder könnte auf Dauer mehr Krankenstände haben.

Fit für den Markt

Die fitte Ökonomie muss sich also auch auf der „Visitenkarte Körper" ablesen lassen, der eigene Körper wird so zunehmend zum Kapital. Unter neoliberalen Vorzeichen verändern sich sowohl Staatskörper als auch privater Körper, denn „der kollektive Körper hat sich im individuellen zu spiegeln – und umgekehrt". Die Ökonomin und Politologin Gabriele Michalitsch beschreibt es so: „Neoliberalismus bedeutet einen umfassenden, auf ökonomischer Selbstregulierung durch den Markt basierenden gesellschaftlichen Ordnungsund Entwicklungsentwurf, demgemäß Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gleichermaßen nach dem Marktmodell restrukturiert werden. Das impliziert auch einen neuen (maskulinistischen) Subjektentwurf und manifestiert sich in Redefinitionsprozessen von Wissen, Denken und Emotionen." Dieser maskulinistische Subjektentwurf zeigt sich deutlich in der Unterscheidung der Geschlechter beim Thema Körperumfang. Während Männer tendenziell durch gewisse Posen und einen idealisierten breiten, kräftigen Körper aufgefordert sind, Raum einzunehmen und damit zu signalisieren, dass sie Verantwortung schultern können, sollten Frauen am besten unsichtbar sein. Zumindest in diesem Punkt liegt Alice Schwarzer richtig: Frauen sollen sich dünne machen. Dann klappt's auch mit der Selbstvermarktung. Die ständig einsatzbereite „Ich-AG" stellt das neue Arbeitskraft-Modell nicht nur der neuen Selbstständigen dar. Der flexible Markt soll sich in einem ebenso flexiblen, dünnen, biegsamen Körper

widerspiegeln. Ein dicker Körper wird hingegen mit Faulheit, Bewegungsunfähigkeit und mangelndem Anpassungswillen assoziiert – denn eine fitte Wirtschaft will auch in jedem einzelnen ihrer Individuen sichtbar sein.

Corpus delicti

In der Wissenschaft galt lange Zeit das Prinzip des „körperlosen Forschers", der, daraus resultierend, objektive Beobachtungen durchführt. Erst die Positionierungen der feministischen Standpoint Theory haben eine nachhaltige Normverschiebung hervorgebracht: Die Erkenntnis, dass ein forschendes Subjekt sich selbst und die eigene Situiertheit in den wissenschaftlichen Vorgang einbringen muss, um zu einem differenzierten Ergebnis zu kommen, ist ihnen und ihrer berühmten Vertreterin Donna Haraway mit deren These des „Situated Knowledge" geschuldet. Bereits seit den 1960er Jahren ist der (weibliche) Körper zentral für die feministische Wissenschaft. In ihrem 1949 veröffentlichen Werk „Das andere Geschlecht" schreibt Simone de Beauvoir: „Der Körper der Frau ist ein käufliches Objekt. Für sie stellt er ein Kapital dar, das sie verwerten darf." Es gilt also, sich bestmöglich zu verkaufen, um sich an den Mann zu bringen.

In einer Zeit, die gezeichnet ist von Fitnesswahn und Ernährungsideologien, geht es nicht, wie oft insistiert wird, um das Wiedererlangen eines „Naturzustandes des Körpers", sondern darum, die nie enden sollende „Arbeit am Ich" aufrechtzuerhalten. Nirgendwo sonst zeigt sich der neoliberale Überlebensmodus von Flexibilität und Ausdauer so eindeutig wie auf der Visitenkarte des Körpers. Um nicht Gefahr zu laufen, der faulen, fettleibigen, Fritten fressenden Unterschicht zugeordnet zu werden, sollen sich alle einem BMI-normierten, uniformierten Aussehen unterwerfen – nach dem Motto: Aktiv ist das neue Attraktiv. Da sollten wir doch Kuchen essen.

Fette Nachlese

Susan Bordo: *Unbearable Weight: Feminism, Western Culture, and the Body.* Berkeley, University of California Press 1993

Charlotte Cooper: *Fat and Proud: The Politics of Size.* London, Women's Press 1998

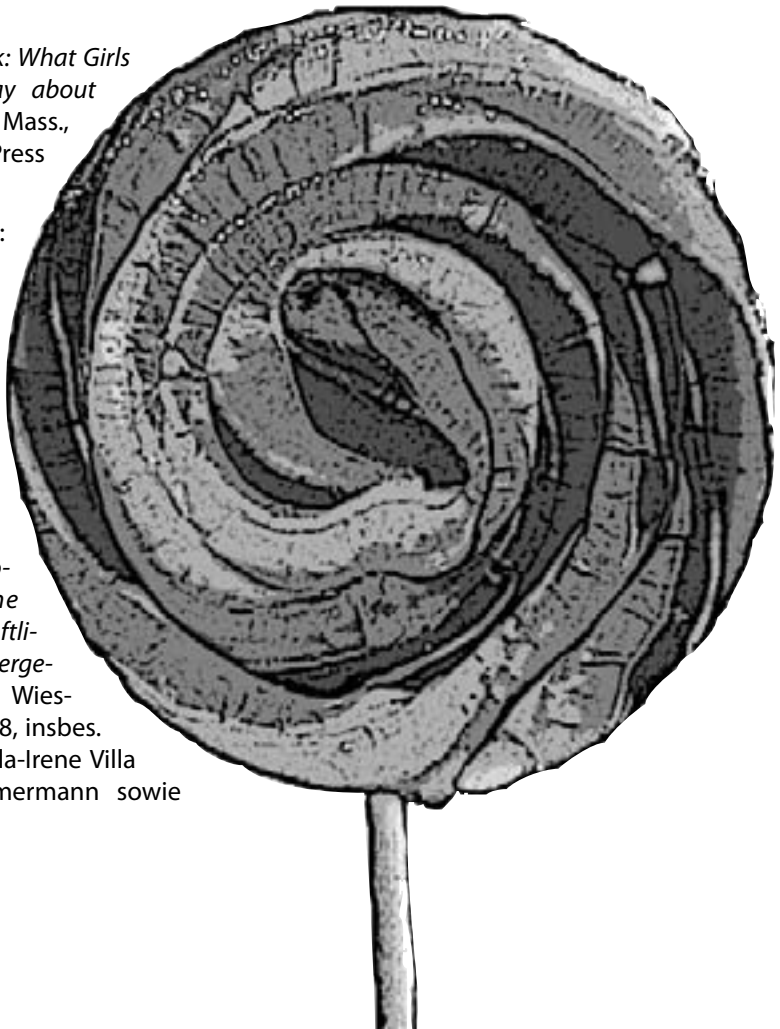
Don Kulick, Anne Meneley (eds.): *Fat. The Anthropology of an Obsession.* New York, Penguin 2005

Gabriele Michalitsch: *Die neoliberale Domestizierung des Subjekts. Von den Leidenschaften zum Kalkül.* Frankfurt/Main, Campus 2006

Mimi Nichter: *Fat Talk: What Girls and their Parents say about Dieting.* Cambridge Mass., Harvard University Press 2000

Rebecca Popenoe: *Feeding Desire: Fatness and Beauty among a Saharan People.* London/New York, Routledge 2003

Henning Schmidt-Semisch, Friedrich Schorb (Hg.): *Kreuzzug gegen Fette. Sozialwissenschaftliche Aspekte des gesellschaftlichen Umgangs mit Übergewicht und Adipositas.* Wiesbaden, VS-Verlag 2008, insbes. die Beiträge von Paula-Irene Villa und Katharina Zimmermann sowie Carmen Gransee.



Castor stottern 2010 – eine Selbstkritik

Der „Auftakt“ auf der Großkundgebung am Samstag in Splietau war gelungen. Passend zu teils sehr klaren Worten zur aktuellen Energiepolitik und zur Rolle der GRÜNEN während ihrer Regierungsverantwortung gingen rund 200 Aktivistinnen ebenso klar zu Werke und unterhöhlten auf 10 Meter Länge und bis zu 2 Meter Breite die Südstrecke (eine von zwei möglichen Routen des Straßentransports). Eine sehr direkte Eröffnung ohne langatmigen Spannungsbogen. Die Aktion wurde erst nach 45 Minuten von Einheiten der Polizei gewaltsam geräumt. Bis dahin passieren Tausende die Baustelle – von grinsend bis helfend. Trotz unterschiedlicher Einschätzung bzgl. der räumlichen Nähe zur Kundgebung und zur Treckerblockade gleich nebenan wird die Aktion gemeinsam getragen – das ist was Vielfalt und Unkalkulierbarkeit des Widerstand im Wendland ausmacht. Wir kommen später darauf zurück.

Insgesamt wollen wir vorausschicken, dass uns der diesjährige Widerstand aufgrund der Vielzahl der Aktiven viel Mut gemacht hat. Die von uns befürchtete geringere Eigeninitiative von Aktivistinnen des linksradikalen Spektrums in der Sogwirkung eines leicht konsumierbaren Schottern-Massenangebots würde durch die Vielzahl anderer Aktivitäten kompensiert. Bei den Autonomen herrschte Uneinigkeit darüber, ob mensch das Aktionskonzept des Schotterns undogmatisch ausweiten und mitgestalten sollte, oder unabhängig davon in verschieden großen Gruppen andernorts Sabotageaktivitäten verfolgen sollte. Wir und einige andere autonome Zusammenhänge haben sich für das erstgenannte entschieden und landeten letztendlich nahe dem zweiten.

Schottern 2010, ein mobilisierendes Massen-Mitmachangebot

Die Aktionsidee ist nicht neu, aber bestechend. Bereits 2006, also weit vor dem ersten Aktionsauftritt der Interventionistischen Linken (IL) wurde in autonomen Kreisen das Konzept des Massenschotterns als Low-Tech Ergänzung zu technisch immer raffinierteren Blockade- und Sabotage-Aktivitäten gut organisierter Castor-SpezialistInnen entwickelt.

Die mobilisierende Funktion der öffentlichen Ankündigung einer kollektiven Gleisbettzerstörung war beachtlich. Wenn die Ex-Moderatorin und Autorin Charlotte Roche, auf ihre Unterschrift

zum Schottern-Aufruf angesprochen, gegenüber der dpa äußert: „Ich bin gegen Gewalt gegen Polizisten, aber absolut für Sachbeschädigung im Dienste der guten Sache", dann mögen manche das vielleicht belächeln – aber derartige Statements machten die Öffentlichkeitswirksamkeit der Kampagne aus.

Und mit der politisch offensiven Ankündigung des Schotterns wurde ebenfalls begrüßenswert eine anschlussfähige Ausweitung der (in Deutschland) engen Grenzen bei der Interpretation von zivilem Ungehorsam versucht. In einer Regierungserklärung vom 10. November kündigte der niedersächsische Innenminister Schünemann an, man werde sorgsam auswerten, „inwieweit Linksextremisten bereits erfolgreich Teile des bürgerlichen Protestspektrums beeinflussen konnten".

Soweit so gut – will mensch jedoch nicht nur als Ein-Jahres-Fliege im Castor-Widerstand mitmischen, muss die erfrischend kecke Ankündigung einer kollektiven Sabotage deren Wirksamkeit zumindest in Aussicht stellen. Für viele Gruppen war die Entscheidung, das Schottern unverrückbar bis Sonntag-Mittag stattfinden zu lassen, nicht nachvollziehbar: Unserer Meinung nach eine eindeutige Fehlentscheidung bei der Abwägung zwischen der Anzahl der AktivistInnen (am Wochenende klar höher) und der Effektivität der Blockade (nur in unmittelbarer zeitlicher Nähe zur Ankunft des Transports gegeben). Auch wenn dieser Konflikt aufgrund der realen Ankunftszeit des Schienentransports dieses Jahr irrele¬vant war, drängen wir auf ein Überdenken bei etwaigen Nachfolgekonzepten fürs nächste Jahr.

von der einseitig militarisierten Konfrontation

„Die Gewalttiraden der Polizei waren wirkungslos gegen die 5-Finger-Taktik und entschlossene Schotter_innen. Auf die Kon¬frontation sind wir nicht eingestiegen, sondern haben den hochgefährlichen Atommüll-Zug um Stunden aufgehalten" (aus SCHOTTERLETTER 6).

Wir wissen nicht, ob die Auswertenden und Publizierenden der Kampagne bei den verschiedenen Anläufen des „Schotterns" am Sonntag des 7. November zugegen waren. Nach unserer unmittelbaren vor-Ort-Erfahrung und nach Befragung mehrerer Zusammenhänge war es kein Zufall, dass im Süden erst der dritte Schotter-Versuch (am frühen Sonntag-Nachmittag) das Potenzial hatte, annähernd „erfolgreich" zu sein: Ein unerwarteter Schub zuvor vermissten Mutes und Entschlossenheit nach der schmerzhaften Frustration der beiden ersten Versuche am Vormittag? – Nein, das enge Aktionskonzept wurde von den meisten AktivistInnen eigenmächtig, undogmatisch und begründet durch die dringend gebotene Vermeidung weiterer Verletzter abgeändert bzw. erweitert. Wir können uns nicht zur Erzwingung eines (zweifelhaften) symbol-politischen Erfolgs wie halbverblödete Lämmer verprügeln lassen.

Ein erneuter verletzungsträchtiger Ansturm (von waldfremden KonzeptionistInnen oftmals beschönigend „Umfließen" genannt) auf zwei dicht besetzte, quasi-militärisch konfigurierte Polizeiketten, wäre unverantwortlich gewesen. Denn der Wald besteht nun mal aus Bäumen. Und auf den schmalen Ausweich-Trampelpfaden war das „Aufspreizen der Finger" und das „Nachfließen" der hinteren AktivistInnen bei den ersten beiden Versuchen (anders als auf freiem Feld) zu langsam und nur gefährlich dicht vor der vorgelagerten, ersten Polizeikette möglich. 1000 Personen starke „Finger" waren unter diesen Umständen und mit den „vereinbarten Mitteln" nicht durchsetzungsstärker als 100 Personen.

zur Wiedererlangung der Unberechenbarkeit

Zumindest ein „Finger" des Südens teilte sich in kleinere Gruppen (20 - 200 Personen) auf, zog sich weit ins Dickicht zurück und durchbrach an mehreren anderen Stellen dort weniger dicht aufgestellte Polizeiketten. Es wurde (dort tatsächlich) geringfügig geschottert, es wurden „Schienenschuhe" hinterlassen (große Metallklammern, die aus dem Schienenstrang herausgeflext werden müssen, um das Gleis befahrbar zu machen) und es wurden am Gleis aufgestellte Lichtmasten der Polizei unbrauchbar gemacht. Nicht unumstritten aber vollständig verletzungsfrei war der Einsatz von Schotter an einigen Stellen, um die nahende Polizei während des Agierens auf dem Gleis auf Distanz zu halten.

Es entstehen nun tatsächlich Lücken auf Seiten der Prügelbeamten außerhalb des für den archaischen und einseitigen „Schlagabtausch" vorbereiteten Waldstücks der beiden ersten Schotter-Anläufe: Eine eiligst benötigte Verstärkung in der Göhrde sollte mit vier Transporthubschraubern eingeflogen werden, hatte allerdings Schwierigkeiten, die zur Landung vorgesehene Gemarkung zu finden und verspätet sich erheblich. Letztendlich wurde die sehr geordnete und absehbare Konfiguration (4000 Menschen steuern in mehreren Fingern auf einen Ort zu) in die handelsübliche Unordnung der letzten Jahre überführt: Mini- und Maxi- Mobs, bewegen sich unkoordiniert mit unterschiedlichem Gepäck auf die Gelegenheit lauernd. Wir glauben, dass der monströse Polizeiapparat insbesondere unter Berücksichtigung der Bewegungshemmnisse (dieses Jahr extrem viele und effektive Blockaden der Bundesstraßen 216, 248 und 191) mit den vagabundierenden Feld- und Waldgruppen schlechter zurecht kommt.

Bei aller Hochachtung für die Entschlossenheit aller AkteurInnen des Schotterns; wer bei exzessivem Einsatz von Pfefferspray aus Löschern, abgeschossenen CS-Gasgranaten und aggressi-

ven Schlagstock-Orgien verantwortlich Freiräume für (auch materiell) effektive Sabotage schaffen will, kann nicht alleinig auf eine Strohsack bestückte „Schutzgruppe" setzen. Uns ist überhaupt nicht an einer „Aufrüstung" der Gegenwehr im militaristischen Sinne gelegen, im Gegenteil wir werben für ein tatsächlich flexibles Ausweichen und Vermeiden solcher Anordnungen und wollen mit diesen fast zu technischen Schilderungen der Ereignisse die Notwendigkeit für besonnenes und unkalkulierbares Handeln aufzeigen. Gemäß IL-Strategie handelt es sich hierbei um einen echten Widerspruch, der aus autonomer Sicht jedoch wichtige Voraussetzung politisch bestimmter Blockade- und Sabotageaktionen ist. Der vermeintliche Widerspruch soll im Folgenden aufgelöst werden.

gefährliche Selbstbeschränkung

Wir stellen nicht nur die Effektivität von vollständig kalkulierbaren Sabotageversuchen in Frage, wir behaupten sogar, dass mensch mit der rigiden Beschränkung der Mittel unnötigerweise ein ebenso kalkulierbares Risiko eingeht:

Eine angekündigte Sitzblockade versucht den politischen Preis für eine „unverhältnismäßig" gewaltsame Räumung möglichst hoch zu treiben, damit die Zeit für eine Räumung durch „gemäßigtes" Wegtragen möglichst groß ist. Aus der Erfahrung wissen wir, dass sich die Verhältnismäßigkeit polizeilichen Agierens eher über den Zeitdruck durch den heran nahenden Transport bestimmt. Nach der schlechten PR des Polizeieinsatzes in Stuttgart wäre der politische Preis eines knallharten Wasserwerfereinsatzes gegen die Sitzblockade bei Harlingen jedoch sehr hoch gewesen. Die Rechnung von Widersetzen mit einer erstklassigen Ortswahl (Gleisbett in 8 Meter tiefer Senke) ging diesmal auf.

Es ist allerdings für alle Organisatorinnen absehbar gewesen, dass eine vergleichbare Bemessung des vermeintlichen „Schutzes" durch die Höhe des politischen Preises bei einer angekündigten Sabotage anders ausfallen muss. Das heißt aber auch, dass die Unberechenbarkeit der Aktion für die Polizei, die Flexibilität, die Unkontrolliertheit beim Schottern viel höher sein muss. Wir sollten die Erfahrungen der Disobedienti in Italien ernst nehmen. Massenkonzepte, die nachvollziehbar nach mehr „Transparenz" zur Mobilisierung suchen, dürfen diese Transparenz nicht in Richtung vollständiger Berechenbarkeit der Aktion treiben. Hierbei zielen wir gar nicht auf den Extremfall ab, bei dem die Widerstandsaktion zu einer beidseitig abgesprochenen Simulation verkommt.

Wer glaubt, durch „aktives Durchsetzen eines Aktionskonsens" unerwartetes und selbstbestimmtes Agieren wegzuregulieren, bewirkt nicht nur politische Spaltung, sondern beraubt sich mit diesem Korsett der Möglichkeit, eine Dynamik zu erzeugen, in der sich überhaupt Sabotage-Freiräume ergeben könnten.

Das Problem etwaiger Gefährdung bei einer zu engen Wahl der Aktionsmittel ist nicht neu: Die Antifa-Gruppen (auch der IL) sollten die Warnhinweise aus ihren eigenen Reihen gegenüber einer dogmatisch-exklusiven Selbstbeschränkung der Mittel ernst nehmen. Die auf passives Sitzblockieren reduzierte Aktionsform bei den Blockaden am 13. Februar 2010 in Dresden führte ebenfalls zu einer eklatanten Gefährdung der Sitzblockiererinnen, als sich eine große Gruppe Neonazis (ohne Polizeibegleitung) näherte. Nicht überall konnte Bundestagspräsident Thierse samt Presse- und Polizeiaufgebot „Schutz" bieten. Die Möglichkeit militanten Agierens (hier zur Selbstverteidigung) ist kein Fetisch sondern eine mitunter notwendige Komponente verantwortlichen Handelns – eine Erkenntnis, die hoffentlich Berücksichtigung findet bei den aktuellen Planungen für das kommende Frühjahr!

immer erfolgreich

Bei dem Versuch, das Konzept des (erweiterten) zivilen Ungehorsams auf möglichst viele Widerstandsbereiche anzuwenden und sich dabei (unnötig) von sinnvollen militanten Konzepten abzugrenzen, tut sich eine Falle auf: der unbedingte Erfolgssprech, also die programmatische Anpassung von Erfolgskriterien.

Manche Auswertung der Organisatorinnen auf Seiten der Interventionistischen Linken sieht auch in den ersten beiden, gescheiterten Schotterversuchen das „Binden von Polizeikräften" als „Erfolg". Dadurch wurde nämlich anderen Aktivitäten der Weg zur Schiene erleichtert (z.B. der in Ort und Zeit hervorragend gesetzten Widersetzen-Blockade, als auch den vielen kleinen „dritten Schotteranläufen"). Das ist immer richtig und im zeitlich dichten Zusammenspiel verschiedenster Widerstandsaktivitäten sogar ein ernst zu nehmender Faktor. Die Bewertungskriterien für einen solchen „Erfolg" erscheinen uns dennoch etwas

fahrlässig. Ist der Preis (900 Verletzte) der beiden ersten, statischen Konfrontationen mit der Polizei am Gleis gemessen an dessen Wirkung nicht eindeutig zu hoch? Kann es sein, dass hier (zähneknirschend) erfolgreich ist, was erfolgreich sein soll? In diesem Sinne halten wir den unbändigen Erfolgssprech, der bei einigen IL-StrategInnen ein bedenkliches Ausmaß annimmt: „Wir können uns kein Scheitern erlauben", für gefährlich.

die wilde Mischung machts

In den letzten Jahren hat sich keiner der Akteure in der Anti-Atom-Bewegung sonderlich um eine Auf-/Abwertung von Ansätzen zivilen Ungehorsams einerseits und militanten Aktionskonzepten andererseits bemüht. Im Gegenteil, es ist von Bedeutung und es macht die spezifische Qualität des Wendland-Widerstands aus, die unterschiedlichen Ansätze als integralen Bestandteil des Gesamtwiderstands zu sehen. Unterschiedlichkeit wird somit nicht nur erduldet sondern als effektive Vielfalt begriffen und über die Unberechenbarkeit sinnvoll genutzt. Ziviler Ungehorsam und Sabotage werden schon lange (vermutlich unabgesprochen) nebeneinander und miteinander praktiziert. In mehreren Sitzblockaden wurden auch in diesem Jahr die bereits erwähnten Schienenschuhe zur Sabotage eines Gleisstrangs angebracht. 2008 z.B. wurde in der mixed Disziplin deutlicher „gepunktet". Sitzen, schottern, Gleise verbiegen – alles an einem Fleck.

Vermutlich finden die meisten von uns Treckerblockaden oder Schafherden, die auf Bundesstraßen rasten, sympathischer und darüber vielleicht politisch weitreichender als Straßenblockaden durch ein brennendes Auto in Metzingen und durch zahlreiche brennende Riesen-Heuballen im Landkreis. Und dennoch arbeitet niemand auf eine Widerstands-Monokultur hin, in dem vermeintlichen Wissen um die effektivste Widerstandsform - das ist gut so und das sollte so bleiben. Auf den diesjährigen Auftaktplena der Camps verkünden OrganisatorInnen der Sitzblockade Widersetzen, dass sie „im Herzen ebenfalls Schotterer" sind. Mensch betont explizit die Vielfalt des Widerstands und negiert vermessene Ansprüche, andere Aktivitäten öffentlich zu bewerten. Im Wendland distanziert mensch sich nicht mehr von Widerstandshandlungen anderer Gruppen, selbst wenn mensch die Form nach eigenem Verständnis für nicht angebracht hält.

unnötiges Distanzierungsgehabe

Geht es uns nicht lediglich um den Mobilisierungserfolg einer einmaligen Aktion, sondern auch darum, die Vielfalt von Widerstand sagbarer und damit auch denkbarer zu machen, ist es fraglich, ob wir das schaffen, wenn wir in der Sprache der Spaltung sprechen. Die Kategorien des friedlichen Protests versus militanten Widerstands sind Herrschaftsrhetorik, die auf Spaltung und Integration einerseits und Kriminalisierung andererseits zielt. Die eigene eingreifende Aktionsform rhetorisch von militantem Widerstands abzugrenzen und als „friedlich" zu labeln, mag (geht es um Akzeptanz) verlockend sein. Die Dichotomie friedlich (symbolisch) / militant (eingreifend) wird allerdings dadurch nicht nur nicht aufgebrochen, sondern bedient. Auf lange Sicht hilft das linksradikaler Politik und deren Inhalten nicht weiter. Hier müssen wir vielmehr jenseits dieser Kategorien die Notwendigkeit von Widerstand in seinen verschiedensten Formen offensiv vertreten.

Der Castor-Widerstand der letzten Jahre reagierte gelassen oder (un-)heimlich erfreut, wenn im Wendland ein leerer Neubau von Polizeiunterkünften abbrennt, eine Bahnbrücke der Castor-Transportstrecke sabotiert wird, Transport-Straßen oder -Schienen von unterirdisch verlegten Wasserleitungen unterspült werden oder Hakenkrallen und sabotierte Signalanlagen den Betrieb der Bahn (als durchführendes Logistik-Unternehmen des Castor-Transports) bundesweit stören. Es ist daher befremdlich und unnötig, dass sich Christoph Kleine (IL) in Sprecherfunktion für die Kampagne Schottern gegenüber der Presse von einer vermittelten, militanten Vorfeldaktion am 1. November distanziert, bei der die Berliner S-Bahn (als DB-Tochter) und das Telefonnetz der DB-Zentrale empfindlich getroffen wurde. Ein solches Verhalten schadet der eigenen Anschlussfähigkeit an den über 30 Jahre entwickelten Wendland-Widerstand. Das Bewusstsein der Anti-Atom-Bewegung ist da glücklicherweise weiter fortgeschritten als das einiger QuereinsteigerInnen.

einige autonome Zusammenhänge

aus Zeck Nr. 160 Januar/Februar 2011

Antimilitaristische Veranstaltungsreihe:
(Re)Militarisierung einer Gesellschaft – Deutschlands Weg in den Krieg

Alle Veranstaltungen: um 20 Uhr im Alhambra

11.03.2011 Bundeswehreinsätze im Ausland – Christoph Marischka (Informationsstelle Militarisierung e.V.)

„Hinterhof Afrika"? Fantasien, Interessen und Strategien in der deutschen und europäischen Afrikapolitik

Bis zu 25% der in Europa verbrauchten Energie sollen bis 2050 im Rahmen des DESERTEC-Projektes aus Nordafrika importiert werden. Die dafür notwendigen Investitionen in dreistelliger Milliardenhöhe werden zwangsläufig über Jahrzehnte hinweg – notfalls auch militärisch – abgesichert werden müssen. Wie ein solcher sicherheitspolitischer Investitionsschutz aussehen könnte und was er für Folgen haben könnte, soll anhand der bisherigen Sicherheitspolitik Deutschlands und der Europäischen Union auf dem afrikanischen Kontinent dargestellt werden. Bereits heute sind Bundeswehr und EU an neuen Grenzziehungen, am Auf- und Umbau von Armeen und der gezielten Unterstützung und Sabotage afrikanischer Regime beteiligt.

14.03.2011 Europäischer Heimatschutz. Ein neuer präventiver Sicherheitsstaat – Matthias Monroy (gipfelsoli)

Mit der Staatswerdung der Europäischen Union werden ihre Kompetenzen im Bereich Innerer Sicherheit zunehmend ausgeweitet. Das „Stockholmer Programm", der neue justiz- und innenpolitische Fünfjahresplan der EU, beinhaltet zahlreiche problematische Maßnahmen zu Migrationsabwehr, Datentausch, grenzüberschreitende Repressionszusammenarbeit, gemeinsamen Polizeieinsätzen außerhalb der EU oder den Versuch, Risikoanalysen zukünftigen abweichenden Verhaltens zu erstellen. Mit dem Vertrag von Lissabon erhält die EU neue Kompetenzen zum Ausbau ihres Sicherheitsapparats. Hinzu kommt eine „Strategie der inneren Sicherheit", die eine Zusammenarbeit zwischen Polizeien, Militär und Geheimdiensten vereinfachen soll. Die Sicherheitsindustrie forscht hierfür an technischen Werkzeugen, um Überwachung und Kontrolle zu automatisieren und gegen jedes abweichende Verhalten in Stellung zu bringen.

In der Veranstaltung geben wir einen Überblick über die europäische „Homeland Security", ihre Akteure, Pläne und Forschungsprojekte.

22.03.2011 Frontex - Flüchtlingsabwehr aus dem All – Ein Vertreter der Frontexinitiative Bremen

Frontex die europäische Agentur für operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen hat viele Aufgaben um die Flüchtlingswege nach Europa hinein abzuschotten zu kontrollieren und einzudämmen. Eine davon ist es auch die Technologien für die Überwachung bereitzustellen. Das europäische Raumfahrtprogramm GMES (Global Monitoring on Enviroment and Securety) wird auch hierfür Technik bereitstellen, damit Flüchtlingsbewegungen in Zukunft aus dem All überwacht werden können. In der Veranstaltung wird die Organisation Frontex und die EU Raumfahrtinitiative GMES vorgestellt werden, sowie ein Kampagne gegen diese Form der Sicherheits- und Rüstungsforschung.

12.04.2011 Bundeswehrumstrukturierung – Lühr Henken (Berlin, einer der Sprecher des Bundesaus schusses Friedensratschlag)

Die Regierung will die Bundeswehr verkleinern, die Wehrpflicht aussetzen und Minister Schäuble fordert Einsparungen. Wird die Bundeswehr damit friedlich? Welchem Zweck dient die „Strukturreform?" Wozu soll die Bundeswehr eingesetzt werden? Zum Kriegführen, wie in Afghanistan? Zur Landesverteidigung? Und: Was hat es auf sich mit von Guttenbergs Forderung, dass der „Zusammenhang von regionaler Sicherheit und deutschen Wirtschaftsinteressen offen und ohne Verklemmung angesprochen werden" müsse? Ist die Bundeswehr überhaupt „reformierbar" oder gehört sie einfach abgeschafft?

weitere Infos unter antimiloldenburg.blogsport.de

crush hour concerts präsentiert:

So. 20.3. 21h Antilopengang + Illoyal

So. 27.3. 21h La Casa Fantom (Oslo) + Freddy and the Beatboys

Fr. 8.4. 21h Vialka (France)

Do 14.4. 21h Nan Turner (NYC)

18. März: Tag der politischen Gefangenen

„WEISS ICH, WAS EIN MENSCH IST...“

ARGUS: LIEDER GEGEN DAS VERGESSEN

KONZERT 18. MÄRZ 2011 / 20H

SCHLACHTHOF / KESSELHALLE / BREMEN

EINTRITT 10 EURO / ERMÄSSIGT 5 EURO

Für den 1. Mai plant die NPD einen Aufmarsch in Bremen (oder möglicherweise in Bremerhaven) als Wahlkampfhöhepunkt vor den Bürgerschaftswahlen im Mai. Um diesen Naziaufmarsch offensiv zu verhindern und um eine antirassistische Kampagne für Bremen zu erzielen hat sich das antifaschistische Bündnis „Keinen Meter“ gegründet.

Die letzten Versuche der NPD in Bremen aufzulaufen, namentlich 1999 und 2006, scheiterten weitgehend am starken Gegenwind.

Die Idee bleibt, sich den Nazis mit möglichst vielen Menschen in den Weg zu stellen und einen Aufmarsch so zu verunmöglichen. Das gleiche gilt für den Wahlkampf der NPD. Auch hier ist es mit großer Beteiligung und Unterstützung möglich, Wahlkampfstände zu blockieren, Nazipropaganda zu entsorgen und so das Werben für antisemitische, rassistische und nationalsozialistische Positionen zu einem schwierigen und unangenehmen Unterfangen zu machen.

Darüber hinaus soll sich gegen den zunehmenden Rassismus, Antisemitismus und soziale Ausgrenzung protestiert werden.

Haltet die Augen und Ohren für weitere Ankündigungen offen.

aktuelle Infos unter: keinen-meter.org

ZUSAMMEN KÄMPFEN

GEGEN PATRIARCHAT

AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG

Monatlich

1. Mi.	20:00	FrauenLesbenTransKneipe
2. Fr.	20:30	NutzerInnenplenum
3. Mi.	21:00	Punkkneipe

Infoladen roter strumpf

Mo.	18h - 21h
Di.	16h - 19h
Mi.	16h - 19h
Do.	18h - 21h
Fr.	16h - 19h

März 2011

Fr.	4.3.	21:00	Punk-Konzert
Sa.	5.3.	22:00	LesBiSchwule Faschings-Party
Fr.	11.3.	20:00	VA: Bundeswehreinsätze im Ausland
		23:00	Tanzen!
Sa.	12.3.	22:00	Mash up di place
Mo.	14.3.	20:00	VA: Europäischer Heimatschutz. Ein präventiver Sicherheitsstaat
Fr.	18.3.	21:00	Konzert: Damo Suzuki + Matini Schmerzverstärker
Sa.	19.3.	22:00	Männerfabrik
So.	20.3.	21:00	Crush Hour Concerts: Antilopengang + Illoyal
Di.	22.3.	20:00	VA: Frontex – Flüchtlingsabwehr aus dem All
Fr.	25.3.	21:00	HipHop
Sa.	26.3.	22:00	Rosa Disco
So.	27.3.	21:00	Crush Hour Concerts: La Casa Fantom + Freddy and the Beatboys

April 2011

Fr.	1.4.	23:00	Party
Sa.	2.4.	22:00	Homophilias
Fr.	8.4.	21:00	Crush Hour Concerts: Vialka (France)
Sa.	9.4.	22:00	Techno/House-Party Vol. 5 (LesBiGay)
Di.	12.4.	20:00	VA: Bundeswehrumstrukturierung
Do.	14.4.	21:00	Crush Hour Concerts: Nan Turner (NYC)
Fr.	15.4.	22:00	Mash up di place
Sa.	16.4.	22:00	Männerfabrik
Do.	21.4.	22:00	Ahnt Kai
Fr.	22.4.	22:00	Dubstepparty – Bässer leben
Sa.	23.4.	22:00	CSD-Soliparty
Fr.	29.4.	22:00	Tanz der Welten
Sa.	30.4.	22:00	Rosa Disco

Wöchentlich

Mo.	19:00	Crush Hour Concerts
Mo.	20:30	Antifa-Café
Di.	20:00	Subklub
Do.	20:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe